

# Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen  
Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den  
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Abbestellungspreis: die monatlich gelieferte Kopierzeitung über deren Raum 30 Pf., für Familienmitglieder 20 Pf., für die Kassenkasse (anfalls) 10 Pf. den dreimonatlichen Teil eines Tegeteltes 1,50 RM. Anzeigen-Preise nur nach Rücksprache mit dem Expeditionen Dresden-A. 1. Güterbahnhofstraße 2

Abbestellungspreis: bei Haus monatlich 2,00 RM (schl. im Voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. Im Falle höherer Gewalt behält sich Ansporn auf Vorrang der Zeitung über auf Zurückzahlung des Abbestellungspreises

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-N. Schiffsstraße und Neustadt: Büchereistraße 2, Fernruf 17 250. Vertriebsstelle: Dresden 10 600. Erscheinungstermin: Sonntags 16-18 Uhr alle Sprechstunden, Mittwochs 17-18 Uhr Betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 19-18 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang

Dresden, Freitag den 10. Oktober 1930

Nummer 237

## „Biel schlimmer als alles andere ist die Gefahr des drohenden Bolschewismus!“

Der Schred. nstu, der bürgerlichen Journaille — Verbotshetz gegen KPD und KJVD — Nun erst recht: Massenmobilisation gegen Brünnings Hungerblockade!

Dresden, den 10. Oktober.

Von Tag zu Tag verstärkt sich die Verbotshetz gegen die kommunistischen Organisationen. Das führende bürgerliche Blatt Westsachsens, die Leipziger Neuesten Nachrichten, bringen allein in den letzten Tagen zweimal zwei vollständige Seiten, in denen unabweisend zum Verbot der KPD und des KJVD aufgefordert wird. Unter dem Titel „Der Hochverrat der KPD“ verweist das Blatt heute morgen erneut auf den Leipziger Prozeß und führt dann eine Reihe von Vorwürfen, Artikeln und Reden an, die die „planmäßigen Bürgerkriegsvorbereitungen des kommunistischen Jugendverbandes“ beweisen sollen. Es heißt dann zum Schluß:

„Biel schlimmer als alles andere ist die Gefahr des drohenden Bolschewismus... Das sind lauthörig schmetternde Signale, die eine blutige Zukunft, die Zerstörung des Reiches, wie die Verödung unseres Vaterlandes andeuten. Wenn das alles nicht Vorbereitung zum Hochverrat ist, dann wissen wir wahrhaftig nicht, was noch Schlimmeres kommen muß, damit dieser Begriff seine Erfüllung findet. Was gedenken Sie zu tun, Herr Oberbürgermeister?“

Der Rat nach dem Staatsanwalt ist das Resultat unserer wachsenden Kräfte. Je mehr der Kapitalismus der Katastrophe entgegenwehrt desto mächtiger entfalten sich Klassenbewußtsein und revolutionäre Organisiertheit des deutschen Proletariats. Der Brünningsrat wird immer ein Gegner finden, der nicht umsonst seinen Hammer ist.

Erst gestern zitierten wir einen Artikel der großindustriellen Deutschen Allgemeinen Zeitung, der die ganze Furche der Bourgeoisie vor der drohenden Entwicklung enthüllt und gleichzeitig ihre radikalen Wandlungen erklärt. Die nationale Diktatur“, schrieb die ADZ, „müßte schnellstens versinken im Chaos der Diktatur des Proletariats. Diese Diktatur freilich würde sich behaupten.“

In diesen Sätzen liegt die Erklärung, warum die Brünnings-Bourgeoisie zur Durchführung ihres Regierungskurses sich zunächst noch auf die SPD-Führer stützt. Eine Diktatur mit offener Einbeziehung der Hitlerpartei würde den Prozeß der faktischen Demasierung beschleunigen, während die Unterstützung des Brünnings-Kurses durch die SPD dem Faschismus weiter die Mächtigkeit gibt. Seine eigenen Verbündeten hinter der Szene gegen den Marxismus zu verbergen. Die bürgerliche Presse berichtet über ein Mißtrauensvotum gegen Brünnings, das nunmehr von den Nazis angebracht worden ist. Wochenlang haben sich die Nazis angebahnt, haben auf Verfassung und Tributleistung geschworen; aber die Bourgeoisie mücht gegenwärtig im Interesse des Kampfes gegen den Bolschewismus die Aufrechterhaltung einer faschistischen Scheinopposition gegenüber dem Brünnings-Kurs. Unterirdisch wird diese Taktik durch ein Kommentar, mit dem der Börsliche Beobachter das Mißtrauensvotum der Nazis anhängt:

„Wir gedenken der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands nichts zu schenken.“

Die SPD soll sich noch weiter vor den arbeitenden Massen distanzieren. Sie soll mit ihrer verbrecherischen Koalitionspolitik weitere Argumente zum Kampf gegen den Marxismus abgeben. Und die SPD-Führer machen mit, waren und bleiben weiter Wegbereiter des Faschismus. Erst gestern muß wieder Herr Gurland in der „links“sozialdemokratischen Presse Schreiben:

„Überwindung der Krise? Nein! Internationale Wirtschaftskämpfe von ungeheurem Ausmaß, tausendfach gesteigerte Entbehrungen und Opfer der arbeitenden Masse, damit eine Handvoll Kapitalisten in neuen westpolitischen Zusammenstößen den Rahm abschöpfen kann.“

Das ist der Weg, auf den die Rezepte des Krisen-doktors (Brünnings) uns hinausführen müssen.“

Aber die Rechte wie „Linken“ werden dieses Rezept schließen, werden die Agenten des Brünnings-Kurses im Lager der Arbeiterklasse sein.

Damit ist die Taktik der Bourgeoisie vorgezeichnet: Sezanzierung der SPD-Führer zur Durchführung des Brünnings-Kurses, Stärkung des Faschismus und gleichzeitige Maßnahmen gegen den einzig wirklich drohenden Feind, der unter dem kommunistischen Banner organisierten revolutionären Klassenfront das Gerüst zu brechen.

Eine Rechnung ohne den Wirt, ihr Herren! Denn Tag um Tag wächst die Armee des revolutionären Klassenkampfes. Im Kampf gegen Kapitaldiktatur und Youngkurse, gegen Faschismus und Koalitionspolitik weht sich die kommunistische Partei verbunden mit Millionen Werktätigen Deutschlands, mit der Solidarität des internationalen Proletariats.

Mögt ihr eure Stützpunkte mobilisieren, mögt ihr den faschistischen Terror zum Schutz eurer Verfassung und eurer Hungerrepublik verstärken, mögt ihr die sozialdemokratischen Führer erneut als offene Hilfstruppen eures Hungerkurses gegen die Arbeiter einlegen. Unser Programm zur sozialen und nationalen Befreiung des deutschen werktätigen Volkes wird immer mächtiger. Es werden unter den Millionen der Ausgebeuleten. Unsere revolutionäre Einheitsfrontpolitik wird die sozialdemokratischen Arbeiter aus der Umfassung ihrer Führer lösen, unsere Organisierung des Streiks gegen Lohnraub und Steuerwucher, des politischen Massenstreiks gegen Hunger und Faschismus wird auch die Angestellten und Beamten, die Kleinbauern und den Mittelstand in die Front des Klassenkampfes hineinziehen. Unsere verstärkte revolutionäre Gewerkschafts- und Betriebsarbeit wird

### Streik gegen Lohnraub!

Metallarbeiter Sachsens:  
Folgt euren Berliner Kollegen!

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Eine Vertrauensmännerkonferenz der Bau- und Metallarbeiter nahm zu dem Ergebnis der Abstimmung über Streik oder Arbeit Stellung. Von 1732 Beschäftigten in diesem Gewerbe sind 1401 im DAV organisiert. Das Resultat der Abstimmung ist folgendes: 1248 für den Streik, 34 für Arbeit, 119 waren krank, beurlaubt und auf Montage. 97 Prozent der organisierten Kollegen haben für den Streik gestimmt. In der Vertrauensmännerkonferenz wurde bekannt, daß Hirsch und Eckert in der vorangehenden Versammlung der Branchen-Kommission die Sanktion zum Streik verweigert haben. Mit größter Empörung haben die Vertrauensleute diesen schamlosen Verrat der Reichs-Verteiler quittiert. Es wurde beschlossen, daß 30 der größten Betriebe, in denen etwa 70 bis 80 Prozent der Kollegen beschäftigt sind, heute früh in den Streik treten.

Die Produktionsstätten des deutschen Kapitalismus zu roten Burgen des Kommunismus machen.

Die bürgerliche Journaille heht zum Verbot der KPD und der KJVD! Die Verbotshetz ist ein Angriff auf mehr als 4 1/2 Millionen Werktätige. Diese Macht läßt sich nicht verbieten!

### „Kommunisten Zutritt verboten“

Aber Reichsbanner-Interat zur Dresdner Höring-Kundgebung in der Rechtspresse  
SPD-Arbeiter, durchkreuzt die Provokationen euer Führer

Dresden, 10. Oktober.

Am Sonnabend spricht Höring in Dresden. Aufschrei über alle Arbeiter sind die besonderen Umstände, unter denen die Dresdner Reichsbanner- und SPD-Führung diese Kundgebung vorbereitete. In den zur Versammlung einladenden Flugblättern heißt es: „Kommunisten und Faschisten ist der Zutritt verboten.“ Zur gleichen Zeit erscheint im Interatenteil des auf dem rechten Flügel der Volkspartei stehenden „Dresdner Anzeiger“ eine Einladung an die Leser dieses kapitalistischen Blattes, in der Höring-Versammlung zu erscheinen.

Diese Umstände zeigen, was geplant ist. Die Empörung der SPD-Arbeiter über den Brünningskurs ihrer Führer abzumehren bzw. umzulenken, wird der Antifaschist Höring nach Dresden berufen um eine wilde Antikommunistenhetze vom Stapel zu lassen. Der Vermerk, daß Kommunisten keinen Zutritt haben, soll zusammen mit den zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern propagierten. Das revolutionäre Proletariat Dresdens wird den Spalten der proletarischen Einheitsfront diesen Gefahren nicht tun.

Aber wir fragen die SPD- und Reichsbannerarbeiter: Ist es nicht ungeheuerlich, daß eure Führer mit Hausrecht, Polizei und Kostkommandos gegenüber kommunistischen Arbeitern drohen, während gleichzeitig im volksparteilichen Blatt eine Einladung an die reaktionärsten bürgerlichen Kreise ergeht, die Höring-Versammlung zu besuchen?!

Wir erinnern die SPD- und Reichsbannerarbeiter daran, daß Höring mit den Mahraun-Faschisten ein Bündnis schloß, daß er vor der Wahl seiner Organisation verbot gegen Maßnahmen des Diktaturfanalens Brünnings zu protestieren, daß er nach den Reichstagswahlen erneut einen Aufruf erließ zum Schutz des Zentrums und der Staatspreet und zum Kampf gegen die Kommunisten.

Glaubt ihr, mit diesen Höring u. Co den Faschismus niederwerfen zu können? Glaubt ihr, daß Hörings Antikommunistenhetze im Interesse der proletarischen Klasse liegt?

Durchkreuzt die Antikommunistenhetze eurer Führer! Kämpft gemeinsam mit uns gegen Faschismus und Brünnings-Sozialisten! Tretet ein in den Kampfbund gegen Faschismus!

### Vorarbeiten für Hörings zu Tete in Dresden

Die kommunistischen Arbeiter und Antifaschisten haben in der vorgehens Ratgehabenen SPD-Versammlung in dem Dresdner Blumenläden keine Sekunde lang geübert ihre Leben und ihre Gesundheit aufs Spiel zu setzen, den blutigen Angriff der Faschisten auf die sozialdemokratischen Veriammlungsbesucher, und vor allem auf die Reichsbannerkameraden zurückzuschlagen. Für sie ist die proletarische Einheitsfront keine demagogische Redensart, sondern ernster Wille, die Auforderung an die SPD-Arbeiter, gemeinsam gegen die Faschisten zu kämpfen, Einheit von Wort und Tat.

Dem gegenüber vergleiche man den Bericht der Dresdner Volkszeitung über die Versammlungsgesellschaft in Dresden. Zweidrittel ihrer Berichte sind eine rübe Antikommunistenhetze.

Das Eingreifen der kommunistischen Arbeiter zugunsten der Reichsbannerkameraden wird gänzlich verschwiegen. Die Erkenntnis der SPD-Arbeiter, die einer von ihnen nach der

### Drohendes KJVD-Verbot!

Die bürgerliche Journaille fordert aus Anlaß des Leipziger Prozesses das Verbot des KJVD.  
Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen Dresdens, heraus zum Massenprotest  
Freitag, 17. Oktober! (Zusatz wird noch bekanntgegeben.)



Berfassung in den Klammern in den Worten formuliert:  
„Unsere Führer lügen, jetzt weiß ich, ihr seid keine  
Kommunisten!“  
Diese Erkenntnis soll sich nicht Bahn brechen unter den Massen  
der SPD-Arbeiter. Darum verfährt das Dresdner Edel-  
blatt seinen Bericht.

## Die Reichen sollen zahlen!

Der gemollte Wucher, den das Sparprogramm der Kom-  
munistischen Partei bei den wertvollen Massen, einschließlich den  
sozialdemokratischen Arbeitern gefunden hat, bringt die SPD-  
Redaktionen zur Verzweiflung. Mit allen Mitteln der Demagogie  
und Zahlen-Tongeliebtheiten versuchen diese von Tag zu Tag,  
den sozialdemokratischen Arbeitern die bei ihnen erwachte Be-  
geisterung für das kommunistische Sparprogramm auszureden.

Ihr neuestes Argument ist die Behauptung, die im Spar-  
programm der Kommunistischen Partei angegebenen Zahlen seien  
falsch. Die von den Kommunisten beantragten Erhöhungen  
würden nicht 7150, sondern nur 5310 Millionen Ersparnis  
bringen.

Wären um den proletarischen Massen zu zeigen, welche ge-  
waltigen Summen den Ausbeutern abgenommen  
werden können, veröffentlichten wir noch einmal die  
wichtigen Steueranträge der Kommunistischen Partei mit  
dem Beweis für die Möglichkeit, die im SPD-Sparprogramm  
angegebenen Summen zu reparieren:

**Sondersteuer auf Millionäre (20 Prozent) 1800 Millionen.**

Nach der Vermögensstatistik von 1927 (zuvor  
und die Zahlen noch erheblich gestiegen) gibt es in Deutschland  
5115 Personen mit Vermögen von 500 000 bis 1 Million und  
einem Gesamtvermögen von 3,5 Milliarden. Und es gibt 2465  
Personen mit über einer Million Vermögen und einem Gesamt-  
vermögen von 5,5 Milliarden Mark. Zusammen  
sind das 9 Milliarden. 20 Prozent Sondersteuer machen also  
1800 Millionen Mark.

**Besteuerung der Dividenden (20 Prozent) 320 Millionen.**

Am 31. Dezember 1929 gab es in Deutschland 11 344 Akti-  
engesellschaften mit einem nominalen Gesamtkapital von 23,7 Mil-  
liarden. Die Durchschnittsdividende der AG lag über 7 Prozent,  
d. h. dem Aktionären wurde ein arbeitsloses Einkommen von  
1,6 Milliarden (ohne Sondervergütung usw.) ausgeschüttet. Eine  
20prozentige Sondersteuer würde also rund 320 Millionen ein-  
bringen.

**Sondersteuer auf Aufsichtsratsmitglieder (20 Prozent)  
200 Millionen.**

Es gibt schätzungsweise in Deutschland rund 100 000 Auf-  
sichtsratsposten in Aktiengesellschaften, die durchschnittliche Pen-  
sionen beträgt etwa 10 000 Mark. Manche haben 100 Aufsicht-  
ratsposten und dementsprechend bis zu einer Million Mark  
jährlich an Pensionsleistungen. 20 Prozent Steuern würden also etwa  
200 Millionen Mark einbringen.

**Sondersteuer auf die großen Einkommen über 50 000 Mark  
(20 Prozent) 380 Millionen.**

Es gibt in Deutschland 16 669 Einkommen über 50 000 Mark,  
sie haben ein Gesamteinkommen (ausschließlich der Steuerhinter-  
ziehungen) von 1,8 Milliarden. Durch die 20prozentige Be-  
steuerung würden also ganz minimal gerechnet, 380 Millionen  
aufgebracht werden.

**Streichung aller Subventionen 500 Millionen.**

Die Subventionen betragen tatsächlich 500 Millionen Mark.  
Man darf nämlich nicht vergessen, daß die gestundeten und er-  
lassenen Steuerrückstände an dem Fehlbilanz Subventionen gleich-  
kommen.

Am 1. Oktober 1929, also unter Hitlerding, waren  
656,3 Millionen Steuerrückstände zu verzeichnen.

**Dazu drei Milliarden durch Zurücknahme des Raubes  
der Fürsten.**

Durch Beschlagnahme allein der Fürstentümer könnten  
sogar drei Milliarden Mühsal gemacht werden.

Das sind die Tatsachen, die keine sozialdemokratische Demagogie  
verwischen kann. Die sozialdemokratischen Führer, die kein Wort  
und keine Tat der Gegnerschaft gegen die Klassen aus-  
sprüchen und durch das Brüning-Programm finden, ja, die dieses  
Programm aktiv durchführen, brüllen Hilfe, weil die  
Kommunistische Partei die Parole ausgibt: „Die Reichen  
sollen zahlen“ weil die Arbeitermassen dieser Parole folgen.

## Montag Urteil im Leipziger Prozeß

Leipzig, den 10. Oktober.  
In der Donnerstag-Berhandlung erklärten zunächst die  
Sachverständigen, daß es nicht notwendig sei, Hauptvernehmer in  
eine Beobachtungsanstalt zu überführen. Die Gutachten der  
Sachverständigen zeigen die offene Stellungnahme gegen die  
Angeklagten, denn trotz vorliegender ärztlicher Atteste aus  
früheren Jahren leugnen sie jeden krankhaften Zustand bei dem  
für die Beobachtungsanstalt in Frage kommenden Angeklagten ab.

Der als Zeuge vernommene Schwager des Angeklagten  
Matthies, Schwarzenstein aus Magdeburg erklärte, daß er  
wiederholt Gelegenheit gehabt habe, den Angeklagten im Kreise  
seiner Kameraden zu beobachten. Dabei habe er festgestellt, daß  
in den Berammlungen des KPD nicht gekneipelt wird, da ja  
die jungen Arbeiter gar keine Mittel dazu haben. Das Magde-  
burger Fürstengemalt hat alles mögliche über den Angeklagten  
zusammengeschrieben, was der Unwahrheit entspricht.

Die weiteren von der Verteidigung geladenen Zeugen be-  
stätigen übereinstimmend, trotz scharfen Kreuzverhörs, in das sie  
der Vorsitzende und der Staatsanwalt zieht, daß der Angeklagte  
Hauptvernehmer nicht das geringste mit dem Vorfall zu tun  
hat, der sich am Grimmaischen Steinweg abspielte. Wiederholt  
nahmen die Verteidiger Stellung gegen die Art und Weise, wie  
der Vorsitzende seine Fragen an die Zeugen richtet und zeigte  
auf, daß man bei den Zeugen des Staatsanwaltes von Seiten des  
Gerichts ein anderes Benehmen gezeigt habe als gegen die von  
der Verteidigung geladenen Zeugen. Sämtliche Zeugen wurden  
verlobt.

Am Freitag findet der Schluß der Beweisauf-  
nahme statt. Dann beginnen die Reden der Staatsanwälte  
und der Verteidiger. Das Urteil soll am Montag ver-  
fälscht werden.

## Berichtete Große Koalition in Sachsen

**SPD zur Mitarbeit am Schied-Stal bereit**

Dresden, 10. Oktober.  
In einer Sitzung des Reichstages des Landtags sprachen  
sich bürgerliche Parteien und Sozialdemokratie für die Notwendig-  
keit der Fortsetzung eines Staats durch die gegenwärtige Schied-  
Regierung aus. Damit ist die stille Koalition zwischen  
SPD und dem reaktionären Schied-Kabinetts hergestellt. Also  
Brüningkurs auch in Sachsen!

# Ueber eine Million Erwerbslose ohne Unterstützung!

Was Wiffen begann, setzt Brüning fort — Und die SPD-Führer unterstützen ihn

Dresden, 10. Oktober.

Die Verschärfung der kapitalistischen Krise drückt sich mit aller  
Deutlichkeit in den neuen Ziffern über die Zahl der Erwerbs-  
losen aus. Nach dem Bericht der Reichsanstalt liegt in der Zeit  
vom 16. bis 30. September die Zahl der Arbeitslosen von  
3 030 000 auf 3 088 000, also um 58 000. Von den 3 088 000  
Arbeitslosen beziehen nur 1 966 000 Unterstützung, und zwar  
1 494 000 Hauptunterstützung und 472 000 Nebenunterstützung, so  
daß 1 222 000 Erwerbslose auf Wohlfahrts-  
unterstützung angewiesen sind oder überhaupt keine  
Unterstützung erhalten.

Das gleiche Bild der Verelendung der Arbeiterschaft wie im  
Reich zeigt sich auch in Sachsen. Hier betrug die Zahl der  
Arbeitslosen am 30. September 421 434, wovon 284 290 Unter-  
stützung erhielten, und zwar 187 421 Hauptunterstützung und  
96 869 Nebenunterstützung. 137 144 Erwerbslose in  
Sachsen erhalten keine Unterstützung, das sind  
32,5 Prozent aller Erwerbslosen.

Trotz dieser Tatsache wagt die Sozialdemokratie zu behaupten,  
daß in Deutschland für die Erwerbslosen „georgt“ werde und  
sich eine „Besserung“ der Lage zeige, wie sich der Präseur  
Edel in der letzten Landtagssitzung ausdrückte. Die SPD wird,  
wie eine Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsaktion  
zeigt, bereit sein, den Maßnahmen des Hungerkanzlers Brüning  
zuzustimmen und weiteren zehntausenden Erwerbslosen die Unter-  
stützung rauben. Das hier aufgezeigte Zahlenmaterial ist für  
die Arbeiterschaft eine dringende Lehre, ihre Kräfte zu verdoppeln,  
um baldigst dieser kapitalistischen Gesellschaft, die nicht mehr in  
der Lage ist, ihre Arbeitslosen zu ernähren, die hunderte Tausende  
Arbeiter verhungern läßt, den Todesstoß zu versetzen. Das ist  
aber nur möglich, wenn die Arbeiterschaft dazu übergeht, die für  
diesen Kampf notwendigen Organe zu schaffen. Die Erwerbslosen  
auf den Stempelstellen müssen genau so wie die im Betrieb stehen-  
den Arbeiter zu Gruppen der KPD zusammen-  
geschloffen werden. Die Aufnahme des Kampfes gegen den  
Lohnraub, für Vertiefung der Arbeitszeit unter vollem Lohn-  
ausgleich, die Erhöhung der Löhne der im Betrieb stehenden,  
der Kampf um die Unterstützung aller Erwerbslosen während der

ganzen Dauer ihrer Erwerbslosigkeit mit erhöhter Unterstützungs-  
sähen ist ein dringendes Gebot der Arbeiterklasse.

## Die Scharfmacher Gachens fordern radikalen Lohnabbau

Dresden, den 9. Oktober.

Auf der Herbsttagung des Landesauschusses der sächsischen  
Unternehmerverbände hielt der Vorsitzende, Direktor Wittke,  
der Mitarbeiter der Dresdner Volkszeitung, ein Referat über die  
Politik der Arbeitslosigkeit. Wie in seiner Schrift „Unter-  
nehmer in Not“, die als Beilage in der Dresdner Volks-  
zeitung vor Monaten erschien, erklärte Wittke auch hier in  
seinem Referat, daß es nur ein gebe, um aus der Wirtschafts-  
krise herauszukommen:

mit öffentlichen Aus- und Ausgaben herunterzugehen,  
die Löhne und den Sozialversicherungsaufwand abzu-  
bauen.

Zuerst müsse bei dem Lohnabbau angefangen werden, um eine  
Senkung der Produktionskosten herbeizuführen. Die Arbeits-  
losenunterstützung sei nichts weiter als eine „Rente an die  
brutalen Gewordenen“. Eine Vertiefung der Arbeitszeit sei  
möglich unter Fortfall jeglichen Lohnausgleichs  
und eines Abbaues der übernatürlichen Verdienste.

Die Rede Wittkes zeigt, daß die Industriellen Sachsen  
bei den Verhandlungen über die Metallarbeiterlöhne  
mit aller Gewalt ihre Forderung des 15prozentigen  
Lohnabbaues durchzusetzen versuchen werden.

Sie wissen, daß die reformistischen Führer bereit sind, einem  
Lohnabbau die Zustimmung zu geben, wie das in den letzten  
Tagen in den Spalten aller reformistischen und Gewerkschafts-  
zeitungen mit aller Deutlichkeit ausgesprochen wird. Die Rede  
Wittkes zeigt allen Metallarbeitern, daß sie unbedingt die  
Kampfesfront organisieren müssen, daß sie alle  
Vorbereitungen zum Streik zu treffen haben; denn nur da-  
durch werden sie in der Lage sein, den Lohnraub abzuwehren  
und darüber hinaus erfolgreich den Kampf für die Forderungen  
der KPD führen zu können.

# Hitler ist bei den „raffenden“ Kapita- listen zu Mittag!

Der „Kämpfer gegen die Zinsnechschschaff“ beim Direktor der größten deutschen Bank

Dresden, den 10. Oktober.

Die „Welt-Notizen“ berichten aus Berlin: Angesichts des  
Kampfes, den die Nationalsozialisten „zur Befreiung von der  
Zinsnechschschaff“ angekündigt haben, gewinnt der erste Besuch  
an Interesse, den Herr Hitler am Sonntag nach der Unter-  
haltung mit Herrn Brüning in Berlin gemacht hat. Er galt  
dem Direktor der Deutschen Bank und Diskont-  
gesellschaft, Herrn von Stauff, von dem er zum Mittag-  
essen eingeladen war.

Bisher wurde die nationalsozialistische Bewegung von  
einigen rheinisch-westfälischen Schwerindustriebetrieben freiwillig mit  
Geldmitteln unterstützt; dann zahlte auch der Braunkohlen-  
konzern Herr Pettschke trotz seiner dreifachen Eigenschaft als  
Eisenhüttenwerksleiter, Staatsbürger, Kapitalist und Jude; schließ-  
lich wurde ein Berliner Warenhaus tributpflichtig gemacht. Um  
das ihren Wählern zu erklären, machten die Führer in ihren  
Reden einen Unterschied zwischen schaffendem (Industrie-) und  
raffendem (Bank-) Kapital. Wie steht es damit nach diesem An-  
trittsbesuch, den Herr Hitler beim raffenden Kapital gemacht  
hat? Wird die SA nun auch offiziell als Schutzwache vor die  
Banktresore gestellt?

Bankrott. Sie ist bereit, im Falle eines Wahlsieges feiner-  
lei antikapitalistische und antisozialistische Maßnahmen zu treffen,  
dafür aber das Ausbeutungssystem zu verewigen.

Die besondere Bedeutung dieses Auftrages ist, daß er das  
Angebot zur aktiven Mitarbeit an der faschi-  
stischen Diktaturregierung darstellt. In dem  
Aufsatz heißt es u. a.:

„Wenn wir Sozialdemokraten aus diesen Wahlen siegreich  
herausgehen, daß wir die Führung der Regierung  
übernehmen können, dann werden wir alle christlichen  
Demokraten (!) dazu einladen, mit uns gemeinsam die  
vollkommene Abstützung und gegenseitige Kontrolle durchzu-  
führen. Alle Selbstschutzverbände auf beiden Seiten werden  
dann gleichzeitig aufgelöst, alle militärischen Aufmärsche dieser  
Formationen, die immer wieder Beunruhigung erzeugen, ver-  
boten, ihr: Waffen eingezogen und vernichtet  
werden.“

Das ist das Bekenntnis der „linken“ Sozialdemokratie in  
Österreich, die Arbeiter vollkommen zu entwaff-  
nen und sie den Faschisten auszuliefern.

## „Linke“ SPDe für Entwaffnung der Arbeiter

Wien, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Sozialdemokratische Partei Österreichs veröffentlicht  
einen Wahlauftrag, der ein Kniefall vor den Unternehmer-  
verbänden und den waffenstarken Faschisten ist. Die öster-  
reichische Sozialdemokratie erklärt feierlich ihren politischen

## Reichstagsabgeordneter Maddalena verhaftet

Hamburg, 10. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Der Reichstagsabgeordnete Genosse Maddalena wurde  
gestern morgen in seiner Wohnung aus dem Bett heraus ver-  
haftet und dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Dieser Ter-  
ror gegen einen kommunistischen Reichstagsabgeordneten wird  
mit dem Vorwand begründet, daß Genosse Maddalena zu einer  
Gerichtsverhandlung nicht erschienen sei.

# „Mehr Distanz gegenüber den Sowjets“

Brüning-Diktatur verschärft Kurs gegen Rußland

Die Germania, das Blatt des Reichskanzlers Brüning,  
bringt einen Leitartikel, der für die Außenpolitik des Reichs-  
kanzlers internationale Bedeutung hat. Der Leitartikel Brüning  
überschreibt seinen Artikel mit „Mehr Distanz gegenüber  
den Sowjets“ und kommt zu folgender Schlussfolgerung:

„Die stets schmalmeindigen und freundlichen Beziehungen  
haben und die Rolle des zu allem Ja-und-Amen-Sagers ein-  
getragen, während eine harte Distanzierung von einem System,  
welches in der Verfestigung von allem, was für die Mehrheit  
des deutschen Volkes heilig und teuer ist, nicht genug tun kann,  
die Wahrung berechtigter nationaler Interessen größeren Er-  
folg verbürgt hätten.“

Wann bricht sich die Erkenntnis durch, daß jenes System  
in seiner Form in die Kulturgemeinschaft der Völker nicht  
eingeschaltet werden kann?“

Wir sagten schon seit Wochen, daß die faschistische Regierung  
Brüning eine Politik der Verschlechterung der Beziehungen zur  
Sowjetunion betreiben wird, denn nicht umsonst sucht Brüning  
Anschluß an den Papst, dessen antihörschewitscher Brief vom  
Sommer dieses Jahres für ihn politische Richtschnur ist.

## Balkanblock gegen Sowjetunion

Wien, 10. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

In einer Balkankonferenz sprachen sich die Vertreter der  
Balkanstaaten nach einem Referat Papandajew grundlegend für

die Schaffung eines Balkanblocks aus.

Diese grundsätzliche Einigung der Balkanstaaten trotz aller  
scharfen inneren Gegensätze stellt einen Erfolg der Drahtzieher  
dieser Konferenz, der imperialistischen Großmächte, dar. Der  
Balkanblock bedeutet die Annäherung der faschistischen Diktatur-  
regierungen zur beschleunigten Vorbereitung und Organisation  
des Krieges gegen die Sowjetunion.

## KPD im Wahlkampf

Wien, 9. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Wahlkampf der Kommunistischen Partei sollte Genosse  
Willy Münzberg gestern in einer Massenversammlung  
der österreichischen Arbeiterhilfe sprechen. Wie Genosse Willy  
Münzberg telegraphisch mitteilt, wurde ihm seitens der Volk-  
zeitung Wien die Einreise verboten. An seiner  
Stelle sprach in der glänzend besuchten Versammlung der Ar-  
beiterhilfe Genosse Friedländer, Berlin. Die Verklam-  
mung nahm sofort einen Protest gegen das Verbot der Einreise  
des Genossen Münzberg an und forderte die Arbeiter auf, für  
die Liste der Kommunistischen Partei zu stimmen.

Mus Buenos Aires wird gemeldet, daß in Argentinien trotz  
Belagerungszustand die Streikparole ergangen ist. Die Polizei  
hat zwei Streikführer verhaftet.



Rundfunk

Freitag, 10. Oktober: 16.30-17.30: Nachmittagskonzert 17.55: Wirtschaftsnachrichten 18.05: Berichterstattung...

Sonnabend, 11. Oktober: 16.30: Konzert 17.30-17.45: Junghilfe 18.00: Junghilfestunde 18.20: Wettervorhersage...

Die

Rundfunkzeitung für alle werktätigen Hörer ist der 'ARBEITER-SENDER' illustrierte Wochenschrift.

Derselbe bringt neben dem ausführlichen Europaprogramm eine reiche Illustration aller wichtigen Ereignisse der ganzen

Welt

Ferner ist aus dem Inhalt hervorzuheben die Besprechung der wichtigsten Vorgänge der Rundfunkprogramme.

Bestellen Sie noch heute den 'ARBEITER-SENDER', dann sind Sie als werktätiger Funkfreund richtig

im Bild

Post-Bestellschein

Unterzeichneter bestellt hiermit die Zeitschrift Arbeiter-Sender illustrierte Wochenschrift

Verlagsort: Berlin - Zeitungsliste: Berlin Reichsausgabe A mit Europaprogramm. Bezugspreis monatl. 90 Pf. und 6 Pf. Bestellgeld:

Zu liefern ab: \_\_\_\_\_

Ort: \_\_\_\_\_

Name: \_\_\_\_\_

Wohnung: \_\_\_\_\_

Postamt: \_\_\_\_\_

Wenn's niemand macht! Oswald Nachts!

Hauptlager: Kaulbachstraße 31, I. Etg.

Möbel

Große Auswahl Billige Preise! Günstige Zahlungsbedingungen!



bringt in allen Abteilungen günstige Angebote

Herrliche Damenhüte von 3.00 bis 9.50 RM

Damen - Mützen 0.50 bis 1.75 RM

Ping - Pong - Kappe 1.25, 1.95 RM

Während der Werbeschau im Erfrischungsraum 1 Kanne Kaffee 2 Stück Kuchen mit Schlag- sähne zusammen 50 Pf.

Versäumen Sie nicht, sich von den Vorteilen der beliebten Wasch - Kompressoren zu überzeugen

Preis: Verzinkt 10.00 RM Vernickelt 12.00 RM

Preis: Verzinkt 10.00 RM Vernickelt 12.00 RM

Preis: Verzinkt 10.00 RM Vernickelt 12.00 RM

Preis: Verzinkt 10.00 RM Vernickelt 12.00 RM

Sollte man das für möglich halten?

ein Krawattenfabrikant, der sehr stolz ist, weil er die allerfeinsten, teuersten, erlesenen Krawatten macht, hat uns für unsere Aktion

Fort mit dem Pessimismus!



eine größere Zahl herrlicher einfarbiger Selbstbinder aus guter reiner Royal- Seide, wie man sie seit 2 Monaten in London als letzte Neuheit trägt - so billig zur Verfügung gestellt, daß wir sie in allen Farben für

195

verkaufen können.

Und damit diese Sensation nicht allein stehe, bringen wir noch reinseidene Wiener Krawatten in schwerer Qualität und wunderhübscher Musterung für

295

Weitere Extra-Sachen:

Das moderne Cachenez, weiß, schöne Jacquardmuster 1,25

Das Nachthemd, gutes Bielefelder Fabrikat, aparte Wäschebesätze 3,95

Das angeraute Sportflanelhemd, mit festem Kragen und Binder 5,90

Der moderne Herbsthut rauhaarig oder glatt 5,90

Unsere große Leistung: Der beliebte Rauhaarhut, reines Haar, Flachrand oder hochgeschlagene Form 8,90

Alsberg

Im Erfrischungsraum spielt die Kapelle Minari

Woch 1930

Erfrischungsraum

Sonnabend, den 11. Okt. 1930

1 Portion Gänse-Brater, mit Rotkraut, Kartoffeln und Nachtisch Mark 1.10

Kapelle: Stiebitz - Pertina



2. Woche verlängert! Das Tonfilmwerk ganz großen Formats

Unter den Dächern von Paris

(Sous les toits de Paris) mit Alb. Préjean / Pola Illery Saslor Alodol / Reg. René Clair

in Vorprogramm: Meiky, Das Dampflok steigt Ufa-Ton-Woche Nr. 5 in Verbindung mit der Paramount Sound News

Für Jugendliche verboten!

W... 4 6 1 3 79



Lichtspiele Weissenhausstraße 22

Die Drei von der Tankstelle

mit Olga Tschechowa, Oskar Karlweis, Heinz Rühmann, Kurt Gerron, Fritz Kampers

Eine Tonfilm-Operette der Erich Pommer Produktion der Ufa von Franz Schulz und Paul Frank. Regie: Wlth. Thiele

Musik: Werner R. Heymann

Für Jugendliche Zutritt!

Wochentags 3 5 7 9



Kaisernhof-Lichtspiele

Pirna - der erste schöne Prachtbau

Neute Freitag, den 10. Oktober u. folgende Tage: Eröffnungs-Erst-Aufführung des spannenden Kriminalfilms

Trust der Diebe

mit Agnes Esterhazy, Eva von Bené, Otto Götz u. a. m.

Ferner: Unkas der Held des wilden Westen - D. K. Kerchen als Adopitvater • Das herrliche Neapel

Außerdem: Die Welt-Wochenchau

In all. Aufführungen persönliches Auftreten von Walpurga Stober u. Prof. Carl Bedter reile Darbietungen hochkultivierter Vortragskunst Am Flügel: Komponist Herbert Nerlich

Wochentags 6, 8, 30 Uhr. Son- und freitags 3, 5, 6, 8, 30 Uhr

Eintrittspreise ohne Zuschlag

Central-Theater

Bautzen

Ab heute Freitag, den 10. Oktober Carlo Aldini in seinem ersten

Sensation-Tonfilm Im Kampf mit der Unterwelt

Das Geheimnis der 5 Schlüssler

Ein 100prozentig, deutscher, lustiger Sensations-Tonfilm mit Carlo Aldini, Siegfried Arno, Ferd. v. Alten, Grit Haid, Ruth Weyher / Dazu ein lustiges und lehrreiches Beiprogramm

Beginn wochent. 6, 30, 8, 4 Uhr

Sonntags 5, 7 und 9 Uhr

Palast-Theater

Bautzen

Neute Freitag bis mit Montag Luciano Albertini in:

Die Jagd nach der Million

Ein sensationellster 7 Akt nach dem Roman 'Lord Spleen' von Ludwig v. Wohl. In sensationellsten Rollen: Gert Fröbe, Elza Farnay, Ernst Verhees. Ein spannender und lustiger Abenteuerfilm voll toller Sehenswürdigkeiten

Ich heirate meine Frau

Ein Lebensnackel in 8 Akte.

Beginn wochentags 6 Uhr, sonntags 5 Uhr, letzte Vorstellung 8, 45 Uhr

Amtliche Bekanntmachung

Montag und Dienstag den 13. und 14. Oktober d. J. bleiben die städtischen Geschäftsstellen wegen vorzunehmender Reinigung geschlossen.

An beiden Tagen können nur die dringlichsten Sachen erledigt werden.

Das Standesamt und die städtischen Kassen sind am Montag den 13. Oktober von normittags 11 bis 12 Uhr geöffnet.

Die Stadtkasse ist am Dienstag den 14. Oktober von norm. 9 bis 11 Uhr geöffnet.

Brand-Erbsdorf, am 9. Oktober 1930. Der Stadtrat.



## Die Sowjetukraine an ihre von Pilsudski unterdrückten Brüder

Charkow, 8. Oktober. Die jüngsten Ausschreitungen des polnischen Faschismus in der Westukraine und die Versuche der polnischen Regierung, durch blutigen Terror und durch eine unerhörte soziale und nationale Unterdrückung die revolutionäre Bewegung der zur Verzweiflung getriebenen Massen abzuwürgen, hat die weitesten sozialen Kreise der Sowjetukraine in die größte Erregung versetzt.

Sämtliche Blätter in der Sowjetukraine reagieren auf das heftigste auf die Ereignisse in der Westukraine durch empörte Artikel und Aufsätze. Das Organ der ukrainischen Sowjetregierung, „Wist“, schreibt:

„Die nächsten Vergleiche mit der Tätigkeit Pilsudskis in der Westukraine findet man bei dem brutalen Vorgehen der westeuropäischen imperialistischen Mächte in den Kolonien, z. B. in den denkwürdigen „Heldentaten“ der französischen Truppen in Syrien oder Indochina.“ Das Blatt betont, der polnische Faschismus verführe, durch maßlosen Terror in seinem Hinterland dieses für den Kriegszustand gegen die Sowjetukraine zu sichern und erklärt: „Die Westukrainen in der Sowjetunion sehen mit ungeheurer Empörung auf die Leiden ihrer Brüder jenseits der Grenze. Aber sowohl sie wie die Westukrainen der Westukraine wissen, womit das Unternehmen des polnischen Faschismus enden wird. Das Mitgefühl aller Westukrainen der Sowjetunion und der ganzen Welt ist auf Seiten der ukrainischen Arbeiterklasse und des Bauerntums, das vom polnischen Faschismus unterdrückt wird. Vergeblich glaubt man in Warschau, dieses Mitgefühl der Westukrainen aller Länder sei ein Faktor, womit die polnischen Faschisten nicht zu rechnen brauchen. Sie werden aber mit diesem Faktor rechnen müssen.“

Angeht die zunehmende Bewegung der Massen bilden die polnischen Faschisten mit den Sozialfaschisten der Westukraine einen Einheitsblock. Der „Kommunist“ schreibt dazu: „Der Bundesgenosse und Agent dieser Einheitsfront — die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien der Westukraine — bietet alles auf, um die revolutionäre Bewegung der Westukraine zu unterdrücken. Das sozialfaschistische und faschistische Lager der Westukraine ist um die eigene Stellung besorgt und bereit sich, sich gleichfalls zu vereinen. Das Organ „Kadansko Selo“ hebt hervor, daß das Vorhandensein der Sowjetukraine, die die soziale und nationale Befreiung ihres Volkes verwirklicht hat, sowie die Erfolge unseres sozialistischen Aufbaus weisen den wertvollen Massen der Westukraine den Weg zur Befreiung.“

## Spanische Arbeiter im Massenstreik gegen den Faschismus

Tote und Verwundete im Straßenkampf

Paris, 9. Oktober. Als Antwort auf die Haftbefehle gegen die revolutionäre Streikleitung in Malaga sind weitere Arbeitergruppen in den Streik getreten. Durch den Streik der 8000 Hafnarbeiter mußten sämtliche Schiffe ungeladigt den Hafen verlassen. Die Streikenden haben die Straßenbahnen umgekippt, so daß jeder Verkehr eingestellt werden mußte. Streikbrecher, die unter starker Polizeibedeckung den Eisenbahnbetrieb aufrechterhalten wollten, wurden von tausenden Arbeitern zur Umkehr gezwungen. Bei diesen Straßenkämpfen wurde ein Arbeiter getötet und Dutzende verletzt.

## Mussolini stellt ein neues Heer auf

Rom, 9. Oktober. Die Beschlüsse, die der Oberste Faschistenrat nach dem Wechsel im Generalsekretariat der faschistischen Partei faßte, sind von der scharfen politischen Krise diktiert.

Der wichtigste dieser Beschlüsse ist die Schaffung einer neuen militärischen Organisation, die alle durch den faschistischen Jugendverband gelangenen Jungen zwischen 18 und 21 Jahren umfassen soll. Dieser Beschluß bedeutet praktisch die Vermehrung des italienischen Heeres um rund 250 000 Köpfe.



(Copyright des Internationalen Arbeiter-Verlags, Berlin.)

10. Fortsetzung.

„So geht's nicht mehr weiter!“ heulte ein blutig geschlagener Arbeiter aus den Krupp-Werken. Er schloste das rechte Bein nach. „Getreten haben mich die Hunde, als ich hinschlug. Neben mir eine Frau, den Hals voll Blut, ich wollte sie stützen, da trat mich der zweite Stiefel in die Kniekehle. Und dann... auf dem Pflaster sind wir rumgetrohen, wie Tiere, geknallt haben sie mitten drin! Es geht nicht länger weiter so!“

Gefächter, Kreideweiß, Wutschreie, „Nez, mit den bloßen Händen kommen wir denen nicht bei!“

„Pflaster aufreißen, Steine genommen und ringspaziert!“ Sie räuchern mit den Saubingern aus!“ „Dann Gewehre!“ — „Gewehre!“

„Ueberall preßten sich die Haufen zusammen. „Gewehre vorsehen!“

„Die Arbeiter haben Dortmund besetzt! Die Roskitten haben sie rausgehauen!“ Das war wie Öl auf das Feuer. Die hintersten Geschlechter erhellten sich.

„Wo haben sie die Gewehre her?“

„Der Reichswehr haben sie sie abgenommen!“

„Und uns tanzten diese Dinger vor den Nasen! Keiner sah...“

„Wenn erst mal einer anpacken möchte!“

„Ros, wer kommt mit?“ Ein Haufen setzte sich drohend in

Paul Boncour: „Bewaffnen wir uns!“

## „Einem neuen Krieg entgegen“

Sensationeller Aufruf des Sozialfaschisten zum Krieg gegen die USSR.

Paris, 8. Oktober. (Eig. Bericht.) Im hiesigen „Journal“ veröffentlicht der berühmte chauvinistische Sozialdemokrat Paul Boncour einen aufsehenerregenden Artikel über das Scheitern aller bisherigen Abwärtungskonferenzen.

Er schreibt u. a.: „Da der Völkerverbund nicht die Kraft aufbringt, klar und unzweideutig festzustellen, was geschehen muß, wenn in irgendeinem Winkel Europas ein Krieg ausbricht, handelt es sich darum, zu wissen, woran man ist und was man selbst zu tun hat. Der Kellogg-Pakt ist durchlöcherter wie ein Sieb. Die Herren der Abwärtung sagen immer wieder: Gewiß, wir wollen abwärts, doch bitte, warten Sie. Aber eines ist klar, wir gehen einem neuen Krieg entgegen! Das zu befreiten, wäre so absurd, als abzuleugnen, daß das Weltkräftigen zu einem Krieg führen muß.“

Die roten und schwarzen Diktatoren (gemeint Sowjetrußland und Italien. Die Red.) stehen nicht, mit allen Mitteln aufzurufen. Also bewaffnen wir uns, ja bewaffnen wir uns, weil es kein anderes Mittel gibt. Ich leugne nicht, daß das eine Postulat auf kurze Sicht ist, und niemand wird sich darüber im Unklaren sein, wohin sie führt. (1). Wie die Dinge im Augenblick stehen, muß es Frankreich unbedingt unterlassen, in seiner Abwärtung einen weiteren Schritt zu tun, ehe nicht neue und unzweideutige Garantien hinsichtlich der internationalen Sicherheit geboten werden.“

Der Hinweis auf die angebliche „Aufsichtung“ der roten Diktatur läßt jeden Zweifel darüber aus, wer für den kriegerischen Sozialfaschisten Encour der Feind ist, zu dessen Niedertrampfung sein Ruf nach den Waffen gilt. Gleichzeitig signalisiert dieser Artikel die Beschleunigung des italienisch-französischen Gegensatzes, der auf der zur Zeit tagenden, von Frankreich in Szene geleiteten „Kalkankonferenz“ ebenfalls sehr auffällig zutage tritt. Die Führer der sogenannten II. Internationale stellen sich in allen Ländern auf den Boden der durch die nationalsozialistisch-faschistische Welle geschaffenen Tatsachen, um sich als bewährte Einheitsfront der verbitterten Politik der Bourgeoisie in den verschiedenen Vaterländern rechtzeitig einzufinden.

## Die Sozialdemokraten die besten Kunden für antibolschewistische Machwerke

Ein aufschlußreicher Brief des Ostwelt-Verlages

Aus gewerkschaftlichen Kreisen wird uns ein Schreiben zugeleitet, das der Ostwelt-Verlag, Berlin SW 48, Weststraße 21, zur Propagierung seiner Materialien, an sozialdemokratische und gewerkschaftliche Organisationen bzw. Presseorgane gerichtet hat.

In diesem Schreiben heißt es: „Im Zusammenhang mit dem Ergebnis der Reichstagswahlen ist bekanntlich von Moskau die Parole ausgegeben worden, die kommunistische Propaganda mit verdoppelter Energie fortzusetzen und der deutschen Arbeiterklasse, insbesondere die „Erzengungen“ des Sowjetregimes vor Augen zu führen.“

Es steht also eine erneute Propagandawelle in dieser Hinsicht bevor und es ist daher zweifellos von größter Bedeutung, daß der kommunistischen Propaganda und den für das Ausland bestimmten sowjetrussischen (1) sozialpolitischen Verhältnissen in Sowjetrußland entgegengetreten wird.

Die seit dem Jahre 1926 im Ostwelt-Verlag erscheinenden „Materialien zur Sozialpolitik der Sowjetunion“ haben sich in dieser Hinsicht als besonders wirksam erwiesen. Um ihre Beweiskraft zu erhöhen, ziehen sie in erster Linie die sowjetrussischen Quellen selbst heran. Die Arbeit der „Materialien“ hat, wie aus den beigefügten Teilen (1) hervorgeht, bei den deutschen Gewerkschaftsorganisationen und der sozialdemokratischen Presse weitgehende Anerkennung gefunden.“

Was die „Materialien zur Sozialpolitik der Sowjetunion“, die auf das tiefste Niveau der sozialdemokratischen Presse abgestimmt sind, unter „Sozialpolitik“ verstehen, zeigen die Überschriften aus den letzten Nummern: „Neue Terrorwelle in Rußland“, „Moskau zeitweilig ohne Brot und Fleisch“, „Disziplinstrafe in der roten Flotte“, „Arbeitszwang für Sowjetdichtsteller“, „Unzulängende Versorgung des Donezbeckens mit In-

dustriematerialien.“ — Nichts von Siebenstundentag, sozialistischem Wettbewerb, Besserung der Ernährungslage, konsequenter Ueberwindung vorhandener Schwierigkeiten.

Der Benutzung sowjetrussischer Quellen kann der „Ost-Express“ sich rühmen, weil in der Arbeiterpresse der Sowjetunion jeder Missetand, jeder kleinste Mangel rückwärtslos aufgedeckt und angeprangert wird. Diesen Umstand benutzte die antibolschewistische Korrespondenz, um — zum Teil sogar mit Quellenangabe — diese Veröffentlichungen von der „Schwarzen Tafel“ als authentische Sowjetäußerungen in die Welt zu senden. Die wirklich objektiven Berichte und die Veröffentlichungen der „roten Tafel“ werden selbstverständlich unterdrückt.

Daß eine solche „objektive“ Berichterstattung den sozialfaschistischen Organisationen zuzugut, ist ganz verständlich. Daß der antibolschewistische Ostwelt-Verlag sich jedoch mit besonderer Betonung auf die „weitgehende Anerkennung“ seiner Machwerke seitens der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen und Presseorgane berufen kann, bestätigt, daß die sozialfaschistischen Parteien ihre kapitalistischen Herren in ihrer Hege zur wirtschaftlichen und militärischen Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion noch übertrumpfen und ihnen zu diesem Zweck jedes Mittel recht ist.

Das imperialistische Ringen um die Beherrschung Südamerikas

New York, 8. Oktober. Nach Besetzungen aus Brasilien haben die Russen in 19 von insgesamt 21 Bundesstaaten Brasiliens Fuß gefaßt. Die Eisenbahnverbindung nach Rio de Janeiro soll von allen Seiten abgeschnitten sein.

Im Süden rückt ein russischer Heer auf die Hauptstadt des Staates Sao Paulo, der reichsten Kaffeeprovinz, vor. In Santa Caterina hat die Regierung ihre Truppen zusammengezogen, um sich im Süden noch zu verteidigen.

## Das imperialistische Ringen um die Beherrschung Südamerikas

New York, 8. Oktober. Nach Besetzungen aus Brasilien haben die Russen in 19 von insgesamt 21 Bundesstaaten Brasiliens Fuß gefaßt. Die Eisenbahnverbindung nach Rio de Janeiro soll von allen Seiten abgeschnitten sein.

Im Süden rückt ein russischer Heer auf die Hauptstadt des Staates Sao Paulo, der reichsten Kaffeeprovinz, vor. In Santa Caterina hat die Regierung ihre Truppen zusammengezogen, um sich im Süden noch zu verteidigen.

Bewegung. „Steine mitnehmen! Wenn sie rinfallen, dann drauf!“

Der Haufen näherte sich der Polizeikette, die die Viehhofer Straße und den Pferdemarkt abgeriegelt hatte. Die wurde aufmerksam. Ein Teil der Grünen, unruhig geworden, machte sich schüchtern.

„Nicht fortlaufen, auch wenn sie rinfallen!“

„Sobald sie ran sind, dann Steine rein und zugepackt!“ riefen sich die Arbeiter zu.

Der Haufen schob sich geduldslos näher heran. Auch die Grünen machten einige Schritte vorwärts: „Zurück!“ — „Straße frei!“

„Zurück!“ — „Straße frei!“

Die Vorderreihen in der Menge zögerten. „Vor!“ drängten die Hinteren.

„Straße frei!“ Ein Offizier sprang hinter der Polizeikette her und gab einen kurzen Befehl: „Feuern!“

„Hinterlegen!“ schrien die Arbeiter. „Halt, nicht fortlaufen! Feiern!“

„Feuern!“ Eine Salve in die Luft, dicht über den Köpfen der Masse.

„Straße frei!“

„Steine her und drauf!“ Ein Steinhaufen prasselte hinüber. Eine zweite Salve. Mitten in die Menschenhaufen. Geschrei.

„Zurück!“

Die Grünen rückten dicht heran. Wieder sauste eine Ladung Steine hinüber. „Päng... päng... päng...“ Schüsse. Einige blieben liegen. Kolben hauen auf die übrigen herunter. Einer reißt den anderen mit zurück. In regelloser Flucht geht es über den Viehhofer Platz, in die Straßen, in die Häuser. Die Grünen hinterher. Sie knallen und hauen weiter.

Kaup und Franz Kreuzat waren mit dem Haufen vorgegangen. Franz hatte einen schweren Stein aufgehoben und damit nach dem Offizier geworfen. Nur durch eine geschickte Wendung war dieser dem Wurf entgangen. Der Stein war mit aller Kraft geschleudert worden. Kaup suchte, weil er wegen seiner schmerzenden Schulter nicht werfen konnte.

Dann ging es Hals über Kopf zurück. Ran standen sie oben am Stadtengang, rechts von dem grauerstaubten und stinkenden Viehhof, dort, wo sich das Glets nach Stoppenberg in runder Kurve schlängelt. Im Freisteln.

Verwundete, die sich von ihren Kollegen mitschleppen ließen, kumpelten vorbei oder saßen auf den Haustropfen, bloß wie der Tod.

„Was macht man?“ Die blutfeeren Lippen, die entsetzten Augen fragten.

„Belogt euch Knarren! Einerlei wo! Nur so hauen wir sie raus!“

„Gewehre!“

Es wurde dunkel. Die Stadt hüllte sich in einen Nebelhaft ein. Die Grünen hatten ihre Sperrn bis an die Stadtengänge vorgezogen. In den Straßen erschienen zahlreiche Kommandos der Einwohnerwehr, die zur Verstärkung der Polizei alarmiert worden waren.

„Da die Schmelzer!“

Die Arbeiter, die aus der Stadt kamen und nur einzeln passieren durften, spien vor ihnen aus: „Schämt ihr euch nicht? Von den Kumpeln frecht ihr euch die Wämpe woll und haut mit drauflos, wenn man es euch beschligt!“

Die Bürgerwehrleute lachten verlegen. Sie hatten Furcht, trotz der Gewehre, die sie trugen. Es waren Geschäftskleute, Bürobeamte und auch Arbeiter.

„Was!“

„Wir tun nur unsere Pflicht!“

„Sängt euch auf! Für wen tut ihr eure Pflicht?“

„Diese Luft!“ sagten die wenigen, die durch die Sperre kamen. „In der Stadt nur Polizei, Hinten und Maschinen-gewehre.“

„Auf Befehl der Ebert-Regierung! Sie sorgen für Ruhe und Ordnung!“

„Wie im Februar! Der Dank dafür, daß wir die Haufen fortgeworfen haben und die Büttel und Fabriken stillgelegt!“

„Der Generalfreist soll abgeblauen werden!“

„Ohne unsere Zustimmung nicht!“

„Kommt!“ Kaup nahm Franz Kreuzat am Arm und zog ihn aus den Zuhörern heraus. Sie schritten stumm nebeneinander. Vor ihnen erhoben sich verschwommen die Kasernenmauer von Stoppenberg. Im Kreise um den Ort herum die Eigentüme von Friedrich-Ernestine und den Volkvereinsführern. Kein Pöbel, kein Feuerschein wie sonst, kalt und still, die Förderlöhne ruhten: Generalfreist.

(Fortsetzung folgt.)



In Reich' und Glied!

In Reich' und Glied marschier'n die Kommunisten.
Rot Front! Rot Front! Dem Proletariat!

Heraus zum Kampf, ihr Arbeitergenossen!
Wir fordern Freiheit und wir fordern Brot!

Arbeitervolk am Flug und in den Jochen,
Den Hitler, Seevering zum Treck, formiert die Reich'n!

Die Trommeln gerührt, die Koppeln feil geschlossen,
Die rote Front marschier't zur letzten Schlacht!

In Stadt und Land marschieren schon Millionen!
Das Sowjetbanner führen sie ins Feld!

Die Schlagader zerschneiden. Am Mittwoch gegen 16.30 Uhr
holperte beim Passieren einer Halle auf der Hygiene-Ausstellung

Dorpüllers Profitwirtschaft. Beim Arbeiten an einer
Maschine verunglückte am Mittwoch gegen 14 Uhr in den Reichs-

Wer ist - braucht nicht zu trinken...
Wiederholte Zuschriften veranlassen uns, darauf hinzuweisen,

Kampfbund gegen den Faschismus
Sonntag den 12. Oktober Demonstration gegen
Brüning-Diktatur und Faschistenterror in Radebeul.

SPD-Hilfe für die Erwerbslosen"
Der überermittelte Beims spendet 500 RM - Wann folgt Bührer!

Im Hohenstein Volksblatt ist am Schluss eines „Leid“-Artikels
des „alten“ Proletenhelden der hiesigen SPD, Alex Müller

Der Magdeburger Oberbürgermeister Beims, ein alter So.
Mädemokrat, hat angesichts der großen Not aus seinen privaten

Der alte Papa Beims (so nennt man ihn nämlich in Magde-
burg) - was für ein edler Mensch er doch ist! Gibt den Erwerbs-

Wie soll das erst im Winter werden!
Not macht Diebe! - Ein Radeberger Polizeibeamter auf der Straße angeschossen

Donnerstagmorgen wurde in Radeberg der 53 Jahre
alte Polizeihauptmannmeister Johannes Nagel auf der Straße

Freispruch im Dresdner Meineidsprozeß
Das Dresdner Schwurgericht verhandelte am Dienstag gegen

Unfälle durch offene Autotüren
Bei der Unfallkommission des Kriminalamtes wurden in

Erdbedenwahrnehmung auch in Dresden:
Das Erdbeben in Süddeutschland in der Nacht zum Mitt-

Flughafen Dresden gesperrt
Keine Zwischenlandungen mehr
Wie die Dresdner Morgenpresse meldet, hat der Reichsver-

Werbeexemplare bestellen,
wenn die Werbung für die
Zeitung Erfolg bringen soll

Arbeitslose am Elbufer

Angeln nach einem Mittagessen

Die Elbe fließt jetzt als herbstlich trüger Wassermeg durch
Dresden. An langen Häuserreihen vorbei, an Speichern, Fab-

Zu beiden Seiten der Elbe, an den khrig abfallenden Ufern,
hocken einige Männer, hier und dort verstreut. Eine Weile lang

Der Erwerbslose mit dem beunruhigten Gesicht hat sich hat-
nädig in die Hoffnung verflissen, abends Nische heimzubringen.

Schillernde Delfide und Holzstüchchen schwimmen vorbei Das
Wasser ist grau und schmutzig. Kein Schwimmer regt sich. Die

sehen alle still wie festgerammte Stöcke. Nur wenn ein Ei
vorbeifährt, schaukeln sie trügerisch. Immer schwerer wird

Und wieder dasselbe: Warten! Jäsend liegt die Angelschnur
zurück ins Wasser. Bewacht sich in der Strömung. Im Un-

fonten, indem sie Tausende von „Kohern“ mit Fisch und Schwefel
vernichteten. Ein solcher Kreuzung mit Fisch und Schwefel

Trotz Bech und Schwefel

Kirchenausritte in Dresden.

(Arbeiterkorrespondenz)

Der Verband proletarischer Freidenker hatte für den 8. Ok-
tober zu einer „Gottlosen-Messe“ nach dem Bürger-

„Wenn ich der liebe Gott wäre, ich täte Bech und Schwefel
auf eure göttliche Messe regnen lassen; aber der Herr läßt

Die neun Arbeiter, die den Kirchenausritte erklärten haben
jedemfalls erkannt, daß die Pfaffen ihre Herrschaft nur aufrecht-

Zeitungswerbung in Striepen
15 neue Abonnenten gewonnen!
(Arbeiterkorrespondenz)

Der Striepen Zeitungsbote schreibt uns einen Bericht
über die Zeitungswerbaktion des Verwaltungsbereichs 4. In dem

Die Zeitungssagitation war politisch ein guter Erfolg,
aber für die Zeitung selbst war der Erfolg noch nicht genügend.

Die Erwerbslosigkeit und Kurzarbeit waren ein großes Hin-
dernis. Ferner konnte mancher Leser sich von seiner Zeitung

Vorbildliche Werbearbeit!
Bericht der Striepenzelle 3 und 4
(Arbeiterkorrespondenz)

Zunächst betrafen wir eine Funktionärin, die
Zweimal zwei Stunden gingen mit der Feststellung der Kreise

Sonntags gingen dann je zwei Genossen vorzusprechen. Der
Erfolg: 10 Abonnenten auf 40 Werbeexemplare

Wir sind überzeugt, daß unsere Bruderszelle
A und B in Striepen die Zeitungswerbung ver-

Achtung! Geschäftseu e!
Unsere Leser sind direkt inlier!
Sie kaufen nur bei dem Geschäftsmann der in der

Sie gehen nur zu dem Zeilcut, der ihnen während der
Wartzeit die Arbeiterstimme anbietet.

Werbeexemplare bestellen, wenn die Werbung für die
Zeitung Erfolg bringen soll



# Feste Organisierung der Erwerbslosen!

Die Bedeutung der Beschlüsse des 5. Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale für die Erwerbslosen

Über 3 Millionen Arbeitslose zählt die amtliche Statistik am 15. September in Deutschland. In der Arbeitslosenversicherung werden nur 1,5 Millionen, und noch dazu unzureichend, unterstützt. 450.000 erhalten die niedrige Krisenunterstützung, etwa 500-550.000 sind auf die Bettelstufen der Wohlfahrtsämter angewiesen. Einige Hunderttausende bekommen überhaupt keine Unterstützung. Die nächsten Monate bringen für weitere Millionen Menschen Arbeitslosigkeit.

Schon jetzt herrschen Not und Elend in den Arbeiterquartieren Deutschlands. Neben der Vorkriegserhöhung auf 8% Prozent, die am 6. Oktober in Kraft getreten ist, kündigt die Bürgerlosenfürsorge neue Abbaumaßnahmen in der Erwerbslosenversicherung, Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung an. Millionen Menschen sollen vor Hunger umkommen, damit das veruchte Ausbeuterregime bestehen bleibt, damit die Finanz- und Wirtschaftskrise überstanden und die Kosten des räuberischen Youngplans ausgebrocht werden.

In dieser Situation haben die Forderungen der Arbeitslosen auf

**Bereitstellung von Mitteln für Arbeitsbeschaffung durch Reich, Länder und Gemeinden, Einführung des Sechsstundentages in allen öffentlichen und privaten Betrieben bei vollem Lohnausgleich, die Beseitigung der Notstands-, Hilfs- und Fürsorgearbeit und dafür Einstellung der Arbeitslosen als Vollarbeiter zu Tariflöhnen sowie ausreichende Unterstützung aller Erwerbslosen für die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit** höchst aktuelle Bedeutung.

In den Parlamenten wie auch bei den außerparlamentarischen Aktionen der Erwerbslosen wurden diese Forderungen nur von der kommunistischen Partei und der revolutionären Gewerkschaftsopposition unterstützt. Seit Jahren kämpfen die Dauerewerbslosen um ihre Existenz. Immer neue Schichten wurden in den Verelendungsgang hineingezogen. Immer wieder sammelten sich die Erwerbslosen zur Abwehr der Verschlechterungen ihrer Verfassungen. Im Zusammenstoß der verschiedenen Schichten, Männer, Frauen, Jungarbeiter, Industrie- und Landarbeiter, Angestellte, schufen sie sich in den Erwerbslosenausschüssen Organe, um unter deren Führung für ihre Forderungen einzutreten.

Hierbei hat die Anwendung der Einheitsfronttaktik von anten gute Erfolge aufzuweisen. Es gelang, nicht nur sozialdemokratische, christliche und parteilose Arbeiter in die Bewegung hineinzuziehen, sondern sie wurden auch für die aktive Arbeit in den Ausschüssen und als Delegierte für Konferenzen gewonnen.

Eine entscheidende Bedeutung bei der ganzen Arbeit haben die Erwerbslosenzeitungen erhalten, die, besonders seit dem 1. Reichstagskongress der RGO, in ihrem Umfang und ihren Auflegeziffern ständig gewachsen sind.

Um ein geschlossenes Auftreten der Erwerbslosen herbeizuführen, wurden die

## Abonnenten der Zeituna reaktiviert

und aus ihren Reihen die Aktionsgruppen und während der Reichstagswahl die roten Wahlbeiräte gebildet.

Die bisherige lose Verbindung reicht zur Erfüllung der gegenwärtigen und zukünftigen Arbeit unter den Erwerbslosen nicht mehr aus. Die gewaltigen Angriffe der Finanzkapitalisten auf die Lebenshaltung der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen erfordern Maßnahmen, die nur durchgeführt werden können, wenn parallel mit der festen Erfassung der Betriebsarbeiter in den Betriebsgruppen der RGO namentlich auch die Erwerbslosen registriert und fest in Erwerbslosengruppen der RGO organisiert werden.

Wir werden uns also nicht mehr begnügen, nur die Abonnenten der Erwerbslosenzeitungen zu registrieren, sondern wir werden eine umfassende Kampagne zur

## organisatorischen Erfassung der Erwerbslosen

in den Erwerbslosengruppen durchzuführen.

Diese Arbeit wird in der Hauptsache von den bestehenden Erwerbslosenausschüssen geleistet werden müssen. Die Ausschüsse, die die gewählte Leitung der Erwerbslosen darstellen, werden auch weiterhin alle Funktionen der Bewegung übernehmen. (Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, sei der klare Unterschied zwischen den Erwerbslosengruppen und den Erwerbslosenausschüssen klargestellt. Die Erwerbslosengruppen organisieren alle Erwerbslosen, und ihre Aufgabe besteht in der allgemeinen Vertretung ihrer Interessen. Die Erwerbslosenausschüsse sind Selbstschutzorganisationen, in denen bestimmte aktive Kadere der Erwerbslosen zusammengeschlossen sind, die in engerer Kampfgemeinschaft mit den Betriebsbeiräten zusammenwirken.)

Sofort muß an Hand von Aufnahmehelmen eine

## großzügige Werbekampagne

für die Auffüllung der Erwerbslosengruppen durchgeführt werden. Dazu ist notwendig, die bestehenden Erwerbslosenausschüsse auszubauen und zu befestigen. In den Orten, wo noch keine Ausschüsse bestehen, sind von den benachbarten Erwerbslosenausschüssen Versammlungen vorzubereiten, um auch dort Ausschüsse wählen zu lassen, damit sie die Arbeit unter den ortsanfalligen Arbeitslosen aufnehmen.

Der Ausbau der Erwerbslosenausschüsse muß so erfolgen, daß alle Schichten, Arbeiter, Angestellte, Frauen, Männer und Jugendliche, in ihnen vertreten sind. Die Ausübung dieser Funktion darf von keinem Parteimitgliedsbuch abhängig gemacht werden. Parteilose, sozialdemokratische, christliche Arbeiter und Arbeiterinnen sind dazu ebenso berechtigt, wie Mitglieder der kommunistischen Partei. Die einzige Bedingung, die wir stellen, ist: Sie müssen ehrlich bestrebt sein und sich verpflichten, auf dem Boden des Klassenkampfes den Kampf der Arbeitslosen mit allen Kräften zu unterstützen.

An jedem Ort, wo sich ein Arbeitsamt oder eine größere Zweigstelle befindet, ist unbedingt ein Erwerbslosenausschuß zu schaffen. In kleineren Orten, wo nur Melde- oder Lebensstellen bestehen, wird es genügen, einen oder mehrere Vertrauensleute zu wählen, die die notwendigen Arbeiten unter den Erwerbslosen ihres Ortes verrichten und mit dem nächstgelegenen Ausschuss eine fähige Verbindung herstellen. In den großen Industriezentren ist dagegen zu empfehlen, auf

## Jedem Fachgruppenausschuß einen Unterausschuß

zu bilden, der dem Erwerbslosenausschuß des Gesamtortes angegeschlossen wird. Dieser Aufbau gibt die Möglichkeit, überall, wo die Erwerbslosen zusammenkommen — zur Stempelkontrolle,

Arbeitsvermittlung, Jahressitz, Wohlfahrtsamt —, mit ihnen in Verbindung zu kommen, um sie für den gemeinsamen Kampf zu organisieren.

In die einzelnen Erwerbslosenausschüsse sind Vertreter aus den für das betreffende Gebiet entscheidenden Betrieben von den Belegschaften hineinzubeziehen. Dadurch wird eine fähige Verbindung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen hergestellt und ein einheitliches Vorgehen bei allen notwendigen Kampfmaßnahmen gesichert. Die gesamte Arbeit wird von den Ortskomitees der RGO geführt und kontrolliert.

Die Verbindung der örtlichen Erwerbslosenausschüsse erfolgt je nach der Struktur der einzelnen Bezirke und der Arbeitsämter mit den Unterbezirken bzw. Kreisgruppen. Die Unterbezirks- bzw. Kreisgruppen haben ihre Spitze in den Bezirks- bzw. Kreisgruppenausschüssen, die als Ableitungen des Bezirkskomitees der revolutionären Gewerkschaftsopposition angegliedert sind. Die Ar-

beit im Reichsmaßstab wird von der Erwerbslosenabteilung des Reichskomitees der RGO geleitet.

Alle Funktionäre in der Erwerbslosenbewegung werden nicht, wie in den sogenannten „freien“ Gewerkschaften, ernannt, sondern in den Erwerbslosensammlungen bzw. Delegiertenkonferenzen gewählt.

Als Legitimation der organisierten Erwerbslosen gelten zunächst noch die Abkommensurkunden der Erwerbslosenzellen, die später durch Beschluß einer Reichskonferenz der RGO — die in den nächsten Monaten stattfinden wird — ersetzt werden durch Mitgliedsurkunden.

Die Erfüllung dieser gewaltigen Aufgaben erfordert die eifrige Mitarbeit aller aktiven Erwerbslosen und der Anhänger der revolutionären Gewerkschaftsopposition sowie auch aller Mitglieder der proletarischen Massenorganisationen.

Heraus an die Arbeit!

# Rampfforderungen der Kriegs- und Arbeitsopfer

Entschließung des 10. Gantages des Internationalen Bundes

„Es tritt hiermit offen hervor, daß die Vorkriegslose unfähig ist, noch länger die herrschende Klasse der Gesellschaft zu bilden und die Lebensbedingungen ihrer Klasse der Gesellschaft als Regel des Geschehens aufzunehmen. Sie ist unfähig zu herrschen, weil sie unfähig ist, ihren Elenden die Existenz selbst innerhalb ihrer Elaverei zu sichern, weil sie gezwungen ist, ihn in eine Lage herabzusenken zu lassen, wo sie ihn ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden. Die Gesellschaft kann nicht mehr unter ihr leben, das heißt ihr Leben ist nicht mehr verträglich mit der Gesellschaft.“ (Aus dem „Kommunistischen Manifest“.)

Noch nie haben die prophetischen Worte von Karl Marx aus dem Jahre 1847 eine so deutliche Bestätigung gefunden wie gegenwärtig. Die ungebürdeten Maßnahmen der Erwerbslosenfürsorge gegen das gesamte Volk zeigen, daß die bürgerliche Gesellschaft nicht mehr in der Lage ist, ihre Arbeitslosen zu ernähren. In geradezu rasendem Tempo zeigt sich, daß die Worte von Karl Marx in Erfüllung gehen. Das neue falsche Raubprogramm der Herrschenden soll der kapitalistischen Gesellschaft noch einmal über die Kräfte hinweggeschleift, unter höhnlicher Vergewaltigung von Millionen Wählermassen wird die letzte demokratische Kulisse heillos gelichtet und durch neue diktatorische Maßnahmen ein sogenannter Wirtschafts- und Finanzplan zur Wiederbelebung der Wirtschaft beschlossen.

Das neue Diktaturprogramm sieht vor einen Prozentsatz Gehaltsabbau für Beamte und Angestellte im Reich, dasselbe für Länder, Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost.

Kürzungen der Heberwerbungen an Länder und Gemeinden. Kürzung des Reichszuschusses an die Arbeitslosenversicherung. Abstriche am Sozial- und Kulturbudget des Reiches. Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozent. Ferner neue Lasten durch Lohnabbau, Miet- und Zoll-erhöhung. Insgesamt soll dieser Brünnings-Entwurf 5 Milliarden 112 Millionen betragen.

Wieder soll das Volk um mehr als 5 Milliarden jährlich ausgeplündert werden. Eben erst wichen sich die fürhärtesten Maßnahmen der Notverordnung aus. Die Verschlechterungen gegenüber dem Kriegsoffizier, die Abbaumaßnahmen in der Krankenversicherung und des Militärs auf die Arbeitslosenversicherung gegenüber der herrschenden Klasse noch nicht.

Begeleitet wird die Offensive auf die Sozialgesetzgebung zu gleicher Zeit mit einem raffinierten Lohnabbau und weitergehender Ausbeutung in den Betrieben. Durch unerhörten Steuerdruck, Zollwucher und Einführung der Agersteuer hatte die Brünnings-Regierung die ersten Versuche gemacht, über die Wirtschaftskrise hinwegzukommen. Die sozialdemokratische Partei hat sich dabei offen für die brutale Ausbeutung und somit für die faschistische Diktatur erklärt. Auch dem neuen faschistischen Versuch Brünnings hat der sozialdemokratische Ministerpräsident im Preußen, Braun, die Zustimmung zu diesem neuen Diktaturprogramm gegeben. Damit hat sich erneut gezeigt, daß die SPD bewußt vertritt, der kapitalistischen Gesellschaft über ihre Schwächen hinwegzuhelfen. Auch die Oppositionsstellung der „linken“ SPD-Führer, die insbesondere in Sachsen verstanden, durch „radikale“ Worte die Massen über den sozialfaschistischen Charakter ihrer Politik zu täuschen, ist eine Hilfsleistung für die Bourgeoisie. Die werktätigen Massen müssen sich über rechte und „linke“ SPD-Führer hinweg die Hände zum gemeinsamen Kampf gegen faschistische Diktatur und Klassenausplünderung waschen.

Gerade die Kriegs- und Arbeitsopfer waren es, die erleben mußten, daß die allen Abbaumaßnahmen in der Sozialgesetzgebung die Gesetzmäßigkeit von dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister ausgearbeitet wurden. Die Kriegsopfer wissen auch, daß

es Wissen war, der mit den Nachuntersuchungen bei den Kriegsopfern bereits im Oktober 1929 einsetzte.

Durch Brünnings neue Hungerblase wird die Frage für die gesamte werktätige Klasse zur Unverträglichkeit. Die Tatsache, daß der kapitalistische Staat nicht einmal die Gehälter seiner Beamten unangetastet läßt, sondern weitgehende Kürzungen vornimmt, zeigt, daß dieses System reich zum Vortreten ist.

Hand in Hand mit dem Diktaturprogramm gegen die Werttätigen im Innern des Landes geht eine Verstärkung der Rüstungen und Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion, das Land der Arbeiter und Bauern. Die Durchführung des fünfjährigen Plans soll durch Wirtschaftskrisen und Notstände und schließlich durch neue bewaffnete Interventionen unterbunden werden. Die Imperialisten wollen die Sowjetunion zur Kolonie des Weltimperialismus machen. Jeder Schlag gegen die Sowjetunion ist ein Schlag gegen das gesamte internationale Proletariat.

Wir rufen alle Opfer des Krieges und der Arbeit auf, die Front zum Schutze der Sowjetunion zu schließen und sich zum entscheidenden Kampfe zu rüsten.

Kriegs- und Arbeitsopfer, erkennt, daß euer Platz nicht im Gefolge der bürgerlichsozialdemokratischen Führung sein kann, die keinen wirklichen Kampf gegen den Diktaturkurs führt.

Kommt zu uns, kämpft mit uns! Erkennt, daß die kommunistische Partei sich reiflos für die Befreiung der Arbeiterklasse und für unsere Forderungen einsetzt. Wir rufen insbesondere die werktätigen Frauen, die Hinterbliebenen und die weiblichen Arbeitslosen, die Opfer der mörderischen kapitalistischen Nationalisierung auf, sich in unsere Front einzureihen und ihre Kräfte zum Kampfe gegen die Young-Diktatur zu vereinen.

Organisiert die Front, damit auf der breitesten Grundlage der Kampf geführt werden kann für:

1. Sofortige Aufhebung aller Abbaumaßnahmen.
2. Erhöhung der Grundrenten entsprechend der eingetretenen Teuerung.
3. Heilbehandlung für alle Kriegshinterbliebenen.
4. Beseitigung der Klassenunterschiede in der Versorgung (Ausgleichszulage).
5. Einbau der Jagdrente in die Grundrente.
6. Schaffung einer Alters- und Erwerbsunfähigen-Zulage.
7. Beseitigung aller Kürzungsbestimmungen.
8. Ausbau der Elternversorgung.
9. Beseitigung aller Fristen.
10. Wiederaufleben der Rente bei Kapitalabfindung nach Vollendung des 55. Lebensjahres oder bei Verlust der Verbindung durch Zwangsverleigerung.
11. Aufhebung aller auf Grund der Notverordnung erlassenen Gesetze.
12. Herabsetzung der Altersgrenze für die Bewilligung der Invalidengrenze von 60% Prozent auf 50 Prozent der Erwerbsfähigkeit.
13. Gewährung der Witwenrente für alle Witwen aus der Invalidenversicherung.
14. Aussetzung neuer Lohnklassen in der Invalidenversicherung.
15. Gewährung der Kinderzulage und Waisenrente bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres.

Die Delegierten des Gantages geloben, für die Verwirklichung der oben aufgestellten Forderungen zu kämpfen. Sie geloben weiter, die Aktivität zur Eroberung aller Kriegs- und Arbeitsopfer zu verdoppeln und somit die Front zu schaffen, die als Teil der Front des Klassenbewußten Proletariats den Kampf führen wird bis zur Errichtung eines freien sozialistischen Deutschlands, das Arbeit, Brot und Freiheit allen Werttätigen gewährleistet.

# 10. Gantag des Internationalen Bundes

(Fortsetzung)

## Über die praktischen Erfahrungen bei der ärztlichen Gutachterfähigkeit

referierte Gen. Dr. O.H.L. Er sprach als ärztlicher Beirat bei der Landesversicherungsanstalt Sachsen aus der Praxis. Der Arzt soll Gehilte des Richters sein, aber die Tatsachen, daß z. B. ohne genügende Untersuchung, ja ohne sich den Patient überhaupt anzusehen, die Begutachtung unterschrieben wird, sind gegenwärtig die Regel. Auch politische Entscheidungen sind nicht selten. So gab doch ein Arzt zu seinen Patienten: „Sie sind Prolet, und Proleten haben zu arbeiten.“ (Vehemente Entrüstung.)

Der Beiratsrat hat das Recht, den Arzt aus persönlichen oder politischen Gründen abzulehnen, wenn er ihn für befangen hält. Er muß sich sofort an keine Organisation um Rat wenden.

Es soll und darf nicht so bleiben, daß ein Gutachter dem anderen gleicht wie ein Ei dem anderen. Der Beiratsrat muß Vertrauen zu dem Arzt als Gutachter haben. Der vom Referenten geschilderte Sozialzustand ist nach seinen eigenen Worten „ein Wunsch“, er ist ebenfalls eine Wachtfrage.

## Die Aufgaben der Arjo

Hierüber referierte Genosse Dr. Ernst Cohn, Dresden. Er zeigte wie die bürgerliche Gesellschaft die soziale Schmach noch vergrößert durch einen weiteren Raubzug auf die Mieter, durch weitere Drosselung des Wohnungsbauens, durch Vergrößerung der Wohnungsnot und des Wohnungselends. Die Bourgeoisie hat ihre Strohbeden zur Durchführung ihrer Pläne in den Reihen der Nazis und der sozialdemokratischen Führer. Sorgen wir dafür, daß mit den Proletariaten an der Stempelle, in den Betrieben, in Gemeinschaft mit den revolutionären Gemeindefraktionen die außerparlamentarische Massenmobilisation zum Kampfe erfolgt, damit am Ende dieses Hungerwinters die Morgenröte des proletarischen Vaterlandes leuchtet. Totan im Geiste Lenins für ein Sowjetdeutschland!

Bericht der Mandatprüfungskommission: Von

den im Gau bestehenden 104 Ortsgruppen sind vertreten 57 Ortsgruppen mit 127 Delegierten und 34 Gäste. — Ein Vertreter vom Allgemeine in Berlin erklärte, daß die Ortsgruppe Buchholz ihren Vertreter zum Internationalen Bund schicken wird.

Genossin Stark, Wilsau, richtet einen Appell an die Delegierten, die Frauen in allen Positionen zur Arbeit heranzuziehen.

Genosse Hermann, Leipzig, weist darauf hin, daß die Jugend, die einen großen Prozentsatz der Unfallsverletzten darstellt, ebenfalls von uns gewonnen werden muß.

Die weitere Diskussion ergibt ein reichhaltiges Material über die Auswirkungen der Sozialreaktion.

Nach einem kurzen Schlußwort des Gen. Graf wurde eine Kampfschlichtung gegen die Sozialreaktion und für die Kampfforderungen der Arbeiterklasse einstimmig angenommen.

Die zahlreichen vorliegenden Anträge werden mit dem Abstimmungsresultat allen Ortsgruppen zugestellt. Der Gantag beschloß, alle Ortsgruppen anzuweisen, sich korporativ der Roten Hilfe und der Internationalen Arbeiterhilfe anzuschließen.

Nun erfolgten die Wahlen. Einstimmig wurden wieder gewählt: der Genosse Hans Reuhof als Gauleiter, in den Gauauschuß wurden gewählt: Wehrmann, Chemnitz; Gauauschuß wurden gewählt: Bläde, Delonik, E. und die Genossinnen Reimann, Zwickau, und Fischer, Leipzig. In den Bundesrat wurden gewählt: Strodel, Hattenstein, Vessing, Dresden, und Schulz, Leipzig.

Am Schluß der Tagung dankte Genosse Reuhof der Auer Arbeiterklasse für die Vorbereitung und für die gute Aufnahme in den Quartieren. Wir haben eine arbeitsreiche Tagung beendet. Nun gilt es hinauszugehen, die Organisation zu stärken und alle Kräfte anzuspannen, damit der Internationale Bund in den bevorstehenden Kämpfen an der Spitze der revolutionären Klassenbewußten Arbeiterklasse auf Kampfposten ist.

Die Tagung wurde mit dem Gesang der „Internationale“ geschlossen.



# Die Diktaturverordnungen vor dem Landtag

## Die Verhandlungen über das kommunistische Arbeitsbeschaffungsprogramm erneut verschleppt — Sozialdemokraten und Nazis als Schildknappen des Schied-Kabinetts

Dresden, den 9. Oktober 1930.

Als erstes wird bekanntgegeben, daß Dehne (Dem.) sein Mandat niederlegt. Die Ratten verlassen die sinkende Demokratie. Finanzminister Hedrich polemisiert gegen Edel.

### „Linke“ Reden zur Täuschung der Arbeiter

Zum ersten Tagesordnungspunkt begründet Dohbert (SPD) einen SPD-Antrag über Aufstellung der Steuerkassendirektoren und erklärt dabei ungenau, in welchem Maße die Herrmann-Müller-Politik die Steuerhinterziehungen der Kapitalisten begünstigt. Die Begründung war lediglich ein lahmendes Entlastungsgemächlein der politischen Verbündeten der SPD-Führer gegen die Arbeiterklasse. In der Tat, eine „laubere“ Partei, die durch ihr Vorstandsmitglied Braun erklärt, den verbrecherischen Raubzug durch Brüning gegen die Arbeiterklasse dulden zu wollen, während im sächsischen Landtag ein „linkes“ Geschwätz vom Stapel gelassen wird. Die „Linken“ werden getrieben von der Empörung der Arbeiter, deswegen Dohberts „große Worte“.

Dr. Troll (Landb.) hielt eine geradezu erbärmliche Verteidigungsrede für die junkerlichen Steuerrückberger. Der Finanzminister verteidigte seinen Vorgänger gegen die Angriffe der SPD.

### Wer ist schuld an dem Steuerbetrug!

Für die kommunistische Fraktion rechnete Gen. Herrmann mit den Steuerrückbergern ab; denn gerade die Landbändler tragen die Verantwortung für die großen Steuerlücken der kleinen Bauern.

Oekonomierat Richter verteilte für 75.000 RM Tagelohn im Land herum und lehrte die Einheitswerte fest, und zwar für die kleinen Bauern höher als für die Großgrundbesitzer. Der Landbund fertigte Resolutionen, nach denen in erster Linie der kleine Bauer zur Steuerzahlung herangezogen und der Junker gelassen wird. Die ganze Polemik der SPD gegen die Steuerhinterziehung der Kapitalisten und die Belastung der Arbeiter ist bloße Spiegelgeschichte.

Dohbert wird im Reichstag noch für alle Steuererlässe Brünings stimmen.

Die Bürgerlichen haben die Macht und laden deshalb den Arbeitern die Steuern auf. Das Proletariat aber kämpft in immer größeren Massen für die Eroberung seiner Macht und

## Den Steuerwucherern die Maste herunter!

Der Finanzminister Hedrich begründete nunmehr die Regierungsvorlage betr. Bestätigung der Notverordnung zur Ausplünderung der Werktätigen. Anschließend begründete Gen. Renner die kommunistischen Anträge gegen die Notverordnungen. Er wies darauf hin, daß die kommunistische Fraktion mehrheitlich die Einberufung des Landtages forderte mit dem Ziel gegen die Notverordnungen Stellung zu nehmen. Von den Sozialdemokraten, die angeblich gegen Brüning Diktatur die Demokratie verteidigen, erklärte Hilferding ja schon selbst, daß man nicht gegen die Diktatur kämpfen könne, um die Verwaltung nicht durcheinander zu bringen. Die herrschende Klasse, ihren Untergang vor Augen sehend, versucht noch einmal, sich auf die Nazis und einmal auf die SPD zu stützen. Die Stellungnahme der Parteien deutet bereits darauf hin, daß der Klubzug des Brüningkabinetts auch ohne den Artikel 48 beschlossen wird. Aber für die Werktätigen ist es gleichgültig in der Auswirkung. Sie wollen, ob

mit oder ohne Artikel 48, die ungeheuerlichen Belastungen tragen.

All die neuen Steuern, die Abzüge der Beamtengehälter, der Raubzug an den Kranken, die Maßnahmen des Brüningkabinetts sind vorbereitet durch das Kabinett Herrmann-Müller.

Die herrschende Klasse hat angesichts der wachsenden Krise, des Sinkens der Aktien die SPD-Führer in die Opposition gelockt und baut deren Politik der Massenauflösung durch Brüning heute lediglich weiter.

Braun hat bereits seine Zusage gegeben, und die Entschlichung der Reichstagsfraktion der SPD bringt ganz klar zum Ausdruck, daß die SPD-Führer bereit sind zur Unterstützung Brüning.

Die Bourgeoisie kann aber wie Marx ganz richtig im kommunistischen Manifest betont dem Proletariat nicht einmal mehr das Elend garantieren. 3 Millionen Arbeiter, die keine Arbeit finden können, sind in Deutschland vorhanden. Die herrschende Klasse versucht die Massen zur Unterhaltung dieser Millionenarmee auf die Arbeitenden abzuwälzen durch Erhöhung der Beiträge und Kürzung der Unterstützung. Aber jeder Schritt der herrschenden Klasse zu ihrer Rettung ist ein weiterer Schritt zu ihrem Untergang. 30 bis 40 Prozent des Produktionsapparates sind unausgenutzt, und immer noch weiter wächst die Krise in der kapitalistischen Welt, die die Existenz zahlloser Arbeiter und kleiner Gewerbetreibender vernichtet.

### Mörder Kapitalismus

Es ist nicht so, wie die Nazis behaupten, daß der Kommunismus das Kleinbürgertum vernichtet, sondern das Monopolkapital ruiniert die kleinen Existenzen.

Das hat bereits Marx betont und wird täglich bewiesen. Geradezu mörderisch sind die Angriffe der Kapitalisten auf das Proletariat nicht nur der brutale Terror der Prätorianergarden des Finanzkapitals, Hitlers SA-Verste, sondern auch durch die Einführung der besahnten Krankenkasse, durch den Unterdrückungsraub wird den Werktätigen das letzte Brot vom Munde genommen. Die herrschende Klasse kann nur noch das Elend vermehren, sie kann nur noch brutaler die SA-Verste gegen das Proletariat hehen. Eine Lösung ist es jedoch nicht.

Wenn die Nazis die ins Elend getriebenen Arbeiter als „tierische Untermenschen“ beschimpfen, so kennzeichnet das lediglich, daß sie Werkzeuge des Finanzkapitals sind.

Wie aber die Nazis in Wirklichkeit das Elend der Massen steigern, zeigt das Vorgehen Fricks in Waldau, wo er durch einen Staatskommissar die Viehtiere zwangsweise eintreiben läßt, weil die kommunistischen Gemeindevorordneten beschlossen, diese nicht zu erheben. Das zeigt die wirkliche Frage der NSDAP.

wird dann ganz offen seine Interessen verteidigen und unter keinen Umständen auf die Bourgeoisie Rücksicht nehmen. Wenn Dohbert erklärt: „Nacht ein bißchen nach bei den Arbeitern, dann werden wir eure Steuerrückberger tolerieren und ein Auge zudrücken.“ So zeigt das eben den vergeblichen Versuch eines Klassenausgleiches durch die SPD-Führer. Wir sagen ganz offen: Die Arbeiterklasse wird, wenn sie die Nacht erreicht hat, auch (zu den Bourgeois-Vertretern) nicht schonen.

Nachdem noch Entlein die Wirtschaftspartei verteidigte, kam Dr. Troll mit schraubendem zum Rednerpult, um den Oekonomierat Richter vorzunehmen. Der Nazi Kunz hielt eine der jetzt bei den Nazis üblichen Reden, verteidigte aber im Grunde die großen Steuerrückberger.

### Genosse Schneider rechnet mit dem Landbund ab

Gen. Schneider trat dem Landbändler Troll entgegen und erklärte:

erst im Vorjahr habe die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, die Grundsteuer zu kassieren, um die kleinen Besitzer zu schonen, und alle Parteien, die heute vorgehen, den kleinen helfen zu wollen, von der SPD bis zu den Nazis, stimmten gegen unseren Antrag.

Troll soll sich ja nicht als Vertreter der Bauern herstellen. Es ist eine Tatsache, daß die erzgebirgischen Bauern eine höhere Bewertung erfuhr als früher. Der Landbund, der dafür verantwortlich zeichnet, riet den Bauern aber, Einspruch zu erheben. Die Bauern sind kostenpflichtig abgemindert worden. So zahlen sie also höhere Steuern und auch noch die Kosten ihres Einspruches. Das ist die praktische Arbeit der Landbändler für die Bauern.

Es gibt keine Einheitsfront der kleinen Bauern und Großgrundbesitzer. Wenn Kunz, der Nazi, das noch einmal behauptet, so kann man nur wiederholen: der Große heult den Kleinen aus. Er ist Vertreter kapitalistischer Interessen.

Die Regierungsvorlage 8, betr. Bürgerschaftsübernahme für die AG zur Arbeitsbeschaffung, die durch die Reichsregierung gebildet wird, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

die nichts anderes als Youngfrontpöbel ist. Das einzige ist ihr Kampf gegen den Marxismus. Dabei konstruieren die Nazis einen Popanz, von dem ihr Studentowiski erzählt, es sei Marxismus.

Die Politik der SPD und die Politik der Weimarer Republik hat mit Marxismus nicht das geringste zu tun.

### Internationale Kampffront gegen Young

Die kommunistische Partei kämpft für die Vergeßlichkeit der Produktionsmittel, damit allen Arbeitenden die Existenz garantiert ist.

Die kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands haben in gemeinsamen Beratungen ein Kampfprogramm gegen die Youngpolitik beschlossen.

Nicht nur parlamentarisch, sondern auch außerparlamentarisch wird der Kampf gegen die Youngpolitik in Frankreich und Deutschland geführt. Die Nazis aber betreiben heute schon eine Denunziation der Kommunisten durch den Abdruck eines Artikels aus dem „Lichter“. Aber diese Denunziation der Kommunisten hätten sie billiger haben können dadurch, daß sie die letzten zehn Zeilen aus dem kommunistischen Manifest abgedruckt hätten.

### Die Reichen sollen zahlen!

Die Kommunisten haben ein Programm aufgestellt zur Sonderbesteuerung der Millionäre, aller Großverdiener.

Die kommunistische Partei führt den Kampf der Hungerigen gegen die Gatten, die Nazis aber publizieren Lügen über die Kommunisten, z. B. in Vermögensgän, von wo sie berichten,

## Arbeitsbeschaffungsprogramm verschleppt!

Dresden, 8. Oktober 1930.

Auch in der heutigen Ausschusssitzung B des Landtags lehrte die Sozialdemokratie gemeinsam mit dem Bürgertum ihre Politik, keine Mittelbewilligung für die Erwerbslosen, fort. Während die Kommunisten in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung klare und konkrete Aufgaben stellten, lotzte die Linke der Notlage der Erwerbslosen energisch aus, versuchte der Reichstatter Art. 48 durch Veränderung der gesamten Anträge dieselben auf das bürokratische Gebiet zu verschieben. Alle seine Anträge gingen dahin, die geforderten Aufgaben der Reichsregierung zu überweisen, um so einer klaren Stellungnahme ausweichen zu können.

Besonders war es der Antrag 11 des kommunistischen Arbeitsbeschaffungsprogramms, der eine Mittelbeschaffung zur Durchführung der Arbeiten vorkam, den die Sozialdemokratie mit Hilfe des Bürgertums nicht zur Verhandlung stellte.

In diesem Antrag wird gefordert: Ausbau der Ministergehälter, Erhebung einer Vermögenssteuer aller über 200.000 RM betragenden Vermögen, Streichung der Mittel für den Unterdrückungsapparat Polizei und Reichswehr, Forderung bei der Reichsregierung über Einstellung der Youngzahlungen, Streichung aller Pensionen der Offiziere. Die Durchführung dieses Antrages würde die notwendigen Mittel zur Durchführung der geforderten Arbeitsbeschaffung ermöglichen. Nach längerer Diskussion erklärte sich der Ausschuss B zur Verhandlung dieses Antrages für unzuständig und überwies denselben wieder dem Ausschuss A. Dadurch hätte die Regierung die Möglichkeit unter Bezugnahme, daß zu den Beiträgen der verschiedenen Listen auch die Bezirksverbände und Gemeinden verpflichtet wären, sich um die Durch-

führung der Anträge zu drücken. Ein weiterer Zulaufantrag der kommunistischen Fraktion, den Bezirksverbänden und Gemeinden zur Erfüllung ihrer finanziellen Pflichten sofort insolente Darlehen zur Verfügung zu stellen, wurde gleichfalls mit den Stimmen der Sozialdemokratie und den Stimmen des Bürgertums abgelehnt.

### Nur eine Sowjetmacht bringt Rettung für die Arbeitenden!

Selbst die DZ muß erklären, die Diktatur des Proletariats würde sich deshalb behaupten, weil alle bisherigen Machthaber vernichtet würden.

Jawohl, die Diktatur des Proletariats wird nicht nur behauptet, sondern sie bedeutet Hebung des Lebensstandards und Aufstieg der arbeitenden Massen. Seit 18 Jahren ist der Untergang der Sowjetunion von den kapitalistischen Propheten geweissagt. Diese alten Märchen dienen jetzt auch den Nazis als „Argumente“. Aber selbst wenn ein Hakenkreuz an die Stahlhelme geklemmt ist, wird die rote Armee des Weltproletariats jeden Angriff auf die Sowjetunion niederschmettern.

In wenigen Wochen wird die Krise des deutschen Kapitalismus unendlich verschärft, und Millionen Massen werden gegen das verrotte System kämpfen, trotz dem Nazidiktator. Die 30 neuen Steuererlässe des Brüning-Kabinetts vertiefen die Not der Massen. Wir kämpfen deshalb auch gegen die sächsischen Notverordnungen.

Wir kämpfen gegen die Brüning- und Schied-Diktatur für Arbeit und Brot, höhere Löhne, und wir werden das Proletariat im politischen Massenstreik zur Erhebung gegen das mörderische kapitalistische System führen.

Der SPD-Redner Hartzsch jammert darüber, daß die Kopfsteuer gleichmäßig alle Gemeindeglieder belastet und verweigert dabei, daß sein preußischer Parteigenosse Braun die Entreibung der Kopfsteuer verweigert hat. Nicht anders für seine „radikale“ Seite zu bewerten, daß er den Brüningstaus keinesfalls mitzumachen gedente, das überläßt er seiner Reichstagsfraktion und wälzt sich dank dessen, daß er ihr nicht angehört, die Hände in Unschuld.

Der Wirtschaftsparteiler stimmt dem Gehentwurf über Stempelsteuer und Grundsteuer und der Einführung der Biersteuer zu.

### Genosse Renner antwortet den Nazis

Nachdem der Naziredner es vorzog, sich über eine konkrete Stellungnahme der Nazis zu den kommunistischen Anträgen auszusprechen, antwortete Genosse Renner den verschiedenen Rednern im Schlußwort. Wie in der Youngfrage Hitler, so habe auch der Naziredner die Grundlage der „Politik des kleinsten Übels“ gezogen. In Thüringen, so meinte er, habe Friedl „nur“ 6 RM Kopfsteuer verordnet, während die bürgerlichen Parteien ursprünglich 12 RM gefordert hätten. In der Youngfrage habe der Naziredner die Theorie der gemeinsamen Interessen verteidigt. Aber in Wirklichkeit gäbe es zwischen Großgrundbesitz und Kleinbauern unüberbrückbare Klassengegenstände. Jawohl, die SPD hat mit ihrer Steuerpolitik der heutigen Brüningdiktatur den Weg gewiesen. Daß es nicht die Nazis waren, liegt daran, daß sie noch nicht Regierungspartei geworden sind.

Zum Schluß erwähnt Genosse Renner die Einladung zur Herbstversammlung in Dresden, wo es Kommunisten verboten sei, zu erscheinen. Das zeige die große Angst der SPD-Führer vor einer öffentlichen Diskussion.

Noch einmal fordert Genosse Renner den SPD-Führer Edel auf, seine Versprechungen, in eine öffentliche Diskussion einzutreten, wahrzumachen.

Gegen die verschiedensten Diktaturverordnungen führen wir Kommunisten nicht nur einen Kampf in Worten sondern organisierten Streikmaßnahmen. Im Verlaufe des Kampfes gegen die Brüningdiktatur wird auch der Mittelstand, der heute noch den falschlischen Versprechungen erliegt erkennen, daß ohne das Kampfbandnis mit den revolutionären Arbeitern kein Untergang besterzt ist.

Die verschiedenen Anträge werden in den Ausschuss verwiesen.

### Heute Gottloben-Messe in Freital

Freitag, den 10. Oktober, vorm. 10 Uhr im „Pöhlener Hof“ Freital. Mitwirkende: Ein Zauberkünstler; Friedel Hofmann (Regitation); Jonny (Schneelächter); Eintritt frei! Kirchenausritte werden kostenlos getätigt! Bringt dazu Geburtsurkunde und Einwohnerchein mit! Erwerbslose, erscheint in Massen! Bringt eure Frauen mit!

Verband proletarischer Arbeiter, Freital, Erwerbslosen-Ausschuss Freital.

Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Fritz Schneider, 21, Berlin, für Photos und Illustrationen: Fritz Schneider, Dresden. Druck: Druckerei „Die Arbeiter“, Dresden, Friedrichstraße 2.

# Heute abend 1/8 Uhr RGO-Kundgebung

im Keglerheim, Friedrichstraße / Role Rake.en / Eintrittspreis 60 Pfennig, Erwerbslose 30 Pfennig



# Rund um den Erdball

Vorboten des Winters

## Überall Sturm und Hochwassergefahr

Neue Orkanmeldungen von der französischen Küste — Rhein und Mosel steigen — Hochwasser im Saargebiet und in Westdeutschland

Paris, 9. Oktober. Das französische Küstengebiet ist erneut von einem veranartigen Sturm heimgesucht worden, der überall große Schäden anrichtete. Ein englischer Passagierdampfer, der seit Mittwochvormittag im Hafen von Vrest lag, konnte nicht ausfahren. Ueber das Schicksal zahlreicher Fischerboote herrscht große Besorgnis. Auch der fahrplanmäßige Kanal-Dampfer versuchte fünfmal vergeblich, in den Hafen an der französischen Küste einzulaufen.

Trier, 9. Oktober. Der Wasserstand der Mosel in Trier, der am Mittwoch nachmittag nach 4,59 Meter betrug, ist bereits auf 4,83 Meter gestiegen. Auch aus Rheh wird langsam steigendes

Wasser am Unterlauf der Saar schwere Schäden angerichtet. Meilen weit stehen Wiesen und Felder unter Wasser, das in einzelnen Ortschaften bereits in die Strohen eingedrungen ist. Zwischen mehreren Ortschaften des Saargebietes ist jeglicher Verkehr auf der Uferstraße unterbunden. Überall wurde die Feuerwehr eingesetzt, um die vom Hochwasser bedrohten Häuser zu räumen, sowie Menschen und Vieh in Sicherheit zu bringen.

## Bergwerkstatastrophe in USA.

Ueber 40 Kumpels in der Grube eingeschlossen

Newark, 9. Oktober. In einer Kohlengrube in der Nähe von Dalton im amerikanischen Staate Ohio ist eine Rettungssolonne von 40 Bergarbeitern, die seit Stunden ununterbrochen an der Bergung drei verschütteten Arbeitkollegen arbeiten, selbst durch einen Kohlenstaubausbruch von der Außenwelt abgeschnitten.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen gelten die drei zuerst verschütteten Kumpels als verloren. Ein Mann der Rettungssolonne ist bereits an Gasvergiftung gestorben. Für das Schicksal der Eingeschlossenen befürchtet man das Schlimmste.

„Feuer an Bord!“

Auf dem französischen Passagierdampfer „Camartine“, der sich auf dem Wege nach Neapel befand, brach am Dienstag Feuer aus, das recht bald gefährlichen Umfang annahm. Der Dampfer flüchtete in aller Eile in den Hafen von Toulon, wo sämtliche Passagiere unversehrt an Land gebracht werden konnten. Erst nach stundenlangem Bemühen gelang es der Hafenseuerwehr des Feuers Herr zu werden.

## Sollen sie hungern?

Im Wahlkampf wurden neun Arbeiter ermordet, Hunderte schwer- und leichtverletzt, Tausende verhaftet! Tausende Arbeitermütter und -kinder sind ihres Ernährers ganz oder auf lange Zeit beraubt! Rote Hilfe muß ihren Kampfgeist stärken, sie vor Not bewahren! Sammelt in jedem Betriebe, in jedem Arbeiterhaus, auf jeder Stempelstelle! Stärkt den Verteidigungsfonds der RHD!

Wasser gemeldet. Infolge des Hochwassers hat die Moseltalbahn den Betrieb zwischen Zellingen und Berncastel einstellen müssen.

Köln, 9. Oktober. Hier steigt der Rhein um 6 Uhr abends einen Pegelstand von 4,15 Metern. Das Wasser steigt täglich um 6 bis 7 Zentimeter. Man rechnet mit einem weiteren Steigen des Wassers.

Saarbrücken, 9. Oktober. Das Hochwasser hat in den Ort-

## Nach der Katastrophe des „R101“



Die Sachverständigen an der Unglücksstätte.

Bei der Untersuchung der Ursachen der Katastrophe des englischen Luftkruzers „R. 101“ hat man im Maschinenraum Notizen gefunden, von denen man bis zur Stunde nicht weiß, welche Bedeutung ihnen für die Aufklärung zukommt. Eine der Notizen lautet: „Es sieht so aus, als ob etwas brennt — alles voll Rauch!“ Inzwischen ist der Engländer Church, der mit schweren Verletzungen nach dem Luftschiffunglück ins Krankenhaus gebracht wurde, seinen Brandverletzungen erlegen. Wie verlautet, soll der Tote noch so rechtzeitig nach London überführt werden, daß er zusammen mit den anderen 47 Opfern beigesetzt werden kann.

## Eisenbahnunglück in England und Frankreich

Drei Arbeiter getötet — Automobil mit drei Insassen zermalmt

London, 9. Oktober. An einem Bahnübergang bei Rothingham wurden am Mittwochabend drei Streckenarbeiter von einem Schnellzug überfahren und sofort getötet.

Paris, 9. Oktober. In Südfrankreich wurde bei einem ungesicherten Bahnübergang ein mit fünf Personen besetztes Automobil von einem Lokzug erfaßt und buchstäblich zermalmt. Drei Personen kamen dabei ums Leben, die beiden anderen wurden schwer verletzt.

## Raubmord an einem Grei n paar

Wien, 9. Oktober. In Sztrada wurden der 77-jährige Friedhofswärter der jüdischen Gemeinde, Kijch, und seine 65 Jahre alte Ehefrau in der Wohnung ermordet aufgefunden.

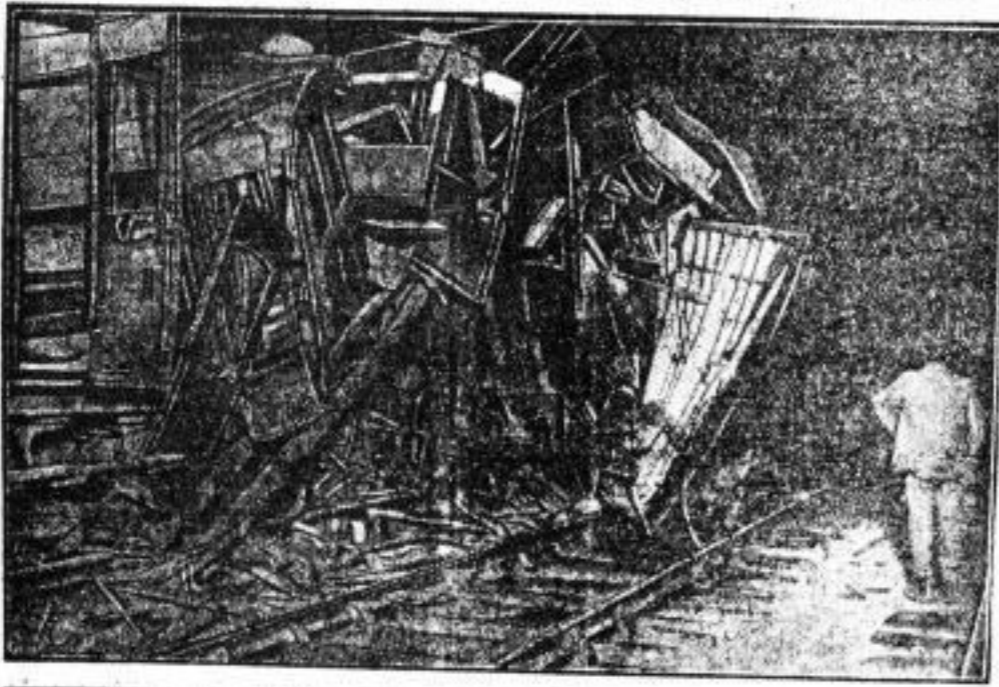
Die alten Leute, die sich mühsam durchs Leben schlugen, sind mit der Wirt er schlagen worden. Sämtliche Schränke waren erbrochen und alle Schubfästen durchwühlt. Von den Tätern fehlt bisher jede Spur.

## Schneestürme in Sowjetrußland

Nach Moskauer Meldungen wüteten am Mittwoch nordwestlich von Moskau starke Schneestürme. Auf der „Oktoberbahn“, zwischen Leningrad und Moskau, waren in der Nähe der Station Balogaja die Schneestürme so stark, daß der Zugverkehr zeitweise eingestellt werden mußte.

Wegen Gattenmordes zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt

Das Schwurgericht Siegen verurteilte am Mittwoch den 31-jährigen Jacob Ahmann, der seiner 22-jährigen Ehefrau nach vorangegangenen Streit mit einem Brotmesser den Hals durchgeschnitten hat, zu zehn Jahren Zuchthaus. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe beantragt.



## Schweres Eisenbahnunglück bei Paris

Kurz vor dem St. Lazare-Bahnhof in Paris stießen in der Nacht, wie wir bereits berichteten, vom 3. zum 4. Oktober zwei Züge zusammen. Während die entsetzten Fahrgäste sich in Sicherheit bringen wollten, raste auf dem Nebengleis ein dritter Zug vorbei, der in die Menge hineinfuhr. Fünf Personen wurden getötet und etwa 30 schwer verletzt.

## Durch Paragraph 218 zum Mörder geworden

## Seine schwangere Freundin ermordet

Trotz geistiger Minderwertigkeit vom Klaffengericht zum Tode verurteilt

Cönnabrück, 9. Oktober. Das Cönnabrücker Schwurgericht verurteilte den 18-jährigen Tischler Schulte aus Mülchen bei Tburg wegen vorsätzlichen und überlegten Mordes zum Tode. Der Angeklagte hat in einem Walde seine schwangere Freundin, das 27-jährige Dienstmädchen Wallmeier hinterlistig erdürgt.

Mit erschütternder Eindringlichkeit ging aus dieser Verhandlung hervor, daß der Mord- und Schandparagraph 218 wieder einmal ein Opfer gefordert hat. Der Angeklagte Schulte, der allgemein als ein geistig beschränkter Mensch angesehen wird, wurde durch die Schwangerschaft seiner Freundin zur sinnlosen Verzweiflung gebracht. Die elterliche Drohung, ihn aus dem Hause zu werfen, wenn es sich herausstellen sollte, daß er der Vater des Kindes sei, hat ihn um den letzten Rest seiner Ueberlegung gebracht.

In seiner Angst ging er eines Tages mit der Freundin in den Wald und legte ihr, angeblich um „Herdchen zu spielen“, aus mitgebrachten Bindfaden so etwas wie Flügel an. In Wirklichkeit aber wollte er durch dieses Spiel seine Mordabsicht verbergen.

„Was bist du doch für ein schönes Herdchen“,

sagte er noch und warf der Ahnungslosen plötzlich eine Schlinge um den Hals und würgte sie, bis sie tot zusammenbrach. Um einen Selbstmord vorzutäuschen, versuchte er danach das Mädchen mit der Schlinge an einem Baum aufzuhängen. Doch war der Bindfaden zu schwach und riß. Darauf schleifte er die Leiche zu einer Stalltür, wo er sie wirklich aufhängte.

Trotzdem das Cönnabrücker Schwurgericht die geistige Minderwertigkeit des jugendlichen Angeklagten anerkennen mußte, hielt es die Klaffengericht nicht für notwendig, diesen Umstand als strafmildernd anzusehen und verurteilte ihn zu der oben erwähnten Todesstrafe.

## Funken sprühen 100 Meter hoch in den Nachthimmel

## Riesenfeuer in Hannover

Rohproduktlager vollkommen vernichtet — Benachbartes Eisenwerk und mehrere Wohnhäuser schwer beschädigt

Hannover, 9. Oktober. Am Donnerstagmorgen gegen zwei Uhr entstand im Rohproduktlager Walsen in der Strangriede ein Großfeuer, das in aller kürzester Zeit eine riesige Ausdehnung annahm.

Innerhalb ganz kurzer Zeit wurde auch die Eisenschmelzerei von den Flammen ergriffen. Die angrenzenden dichtbewohnten Strohen schwebten zeitweise in erster Gefahr. Der Funkenregen stieg fast 100 Meter hoch in den Nachthimmel. Alle

benachbarten Wohnhäuser wurden vollständig geräumt. Erst nach 4 Uhr gelang es der in voller Stärke zur Bekämpfung des Brandes ausgerückten Feuerwehr, des Feuers Herr zu werden. Das riesige Rohproduktlager ist vollkommen vernichtet. Das benachbarte Eisenwerk Trußt und mehrere Wohnhäuser sind schwer beschädigt. Die räumliche Ausdehnung dieser Brandkatastrophe soll bedeutend größer sein als bei dem Großfeuer auf dem Hannoverischen Güterbahnhof am Weidenbamm am 30. August.







